

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk., Nekrolog-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Eine Entwaffnungsnote der Entente.

Auflösung der Selbstschußorganisationen, Entmilitarisierung der Polizei gefordert.

Berlin, 17. Mai. General Kollert, als Vorsitzender der Interalliierten Militärkommission, hat unter dem 12. Mai dem Direktor der Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes eine Note zugehen lassen, in der die Ausführungsbestimmungen zu der Londoner Note vom 5. Mai, soweit sie die Entwaffnung betreffen, enthalten sind.

Die Bestimmungen erstrecken sich

1. auf das 100 000 Mann-Heer.

Die Note fordert die Ausfüllung gewisser Lücken des Wehrgesetzes. Die zur Ausfüllung dieser Lücken notwendigen Gesetzesentwürfe sind der Kommission schnellstmöglichst, auf jeden Fall aber vor dem 15. Juni 1921 mitzuteilen.

Ferner werden die Forderungen früherer Noten über die Entmilitarisierung gewisser Dienststellen, über die Radfahrerkompanien, über die Stärken der Zentralverwaltung wiederholt und als Frist zur Durchführung dieser Bestimmungen der 15. Juni festgesetzt.

2. Kriegsmaterial.

Die von der Kommission festgesetzten Höchstzuweisungen sind anzuerkennen, und der Kommission ist von deren Anerkennung vor dem 20. Mai 1921, mittags 12 Uhr, Mitteilung zu machen. Die Ablieferung des auf Grund dieser Höchstzuweisungen berechneten überschüssigen Materials muß vollständig bewirkt sein: für jede Art von Waffen, die Ersatz- und abmontierten Teile am 10. Juni 1921; für das übrige Kriegsgerät am 30. Juni 1921.

Die Ablieferung der von der Bevölkerung herrührenden Waffen muß vor dem 10. Juni 1921 vollständig beendet sein. Die Bestimmungen über die Abführung der Landbesetzungen müssen bis zum 10. Juni 1921 durchgeführt werden.

3. Selbstschußorganisationen.

Die Auflösung aller Selbstschußorganisationen muß nach den Bestimmungen der Pariser Note zum 30. Juni 1921 bewirkt werden.

Um die rechtzeitige Kontrolle über diese Auflösung zu gewährleisten, muß die Liste der Organisationen, welche die Deutsche Regierung in Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 aufzulösen beabsichtigt, der Kommission vor dem 31. Mai 1921 mitgeteilt werden.

Die Waffen- und Munitionsablieferungen, welche den Bestimmungen der Pariser Note entsprechend, am 31. März 1921 hätten bewirkt werden müssen, müssen wirksam betrieben werden, derart, daß sie vor dem 10. Juni 1921 vollständig beendet sind. Der Rest an Waffen und Munition ist, wie in der Pariser Note vorgesehen, zum 30. Juni 1921 abzuliefern.

4. Polizei.

Die Kommission besteht darauf, daß alle Maßnahmen getroffen werden dahin:

- der jetzigen grünen Polizei den Charakter einer mobilen militärischen Streiktruppe zu nehmen;
- die Probezeit und die kurzfristige Dienstzeit abzuschaffen;
- jeden Personalaustausch zwischen Polizei und Heer zu unterlagen;
- den Polizeischulen wieder den Charakter zu geben, den sie vor dem Kriege hatten, und deren Zahl derart herabzusetzen, daß sie im Verhältnis zu der durch die Note von Boulogne zugeständenen Stärkevermehrung steht;
- alle Polizeischülerformationen abzuschaffen;
- schließlich die Gesamtkräfte aller Polizeikategorien, der uniformierten und nicht uniformierten, auf die Zahl von 150 000 herabzusetzen.

Die notwendigen Umbildungen müssen hinsichtlich der Organisation und der Stärken vor dem 15. Juli 1921 durchgeführt sein und die entsprechenden Anweisungen der Kommission vor dem 15. Juni 1921 mitgeteilt werden.

Die Waffen und Munition jeder Art, welche nicht genehmigt sind und sich noch in Händen der Polizei befinden, müssen vor dem 31. Mai 1921 abgeliefert werden.

5. Fabriken.

Die deutsche Regierung hat der Interalliierten Kontrollkommission vor dem 20. Mai 1921, mittags 12 Uhr, mitzuteilen, daß sie die Liste der Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen dürfen, anerkennt.

Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial.
Die Kommission fordert ein Gesetz, das dem im Friedensvertrag festgesetzten Ein- und Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial Wirksamkeit verleiht. Der Gesetztext ist der Kommission vor dem 30. Juni 1921 mitzuteilen.

Die Regierung zur Erfüllung der Entwaffnungs-forderungen bereit.
Erneutes Zurückweichen vor Eischerich?

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Ueber die Haltung der Reichsregierung zur Entwaffnungsnote, die der General Kollert im Namen der Interalliierten Militärkontrollkommission dem Auswärtigen Amt übergeben hat, erfährt unser Berliner Korrespondent folgendes: Die Reichsregierung ist bereit, sämtliche in der Note aufgestellten Forderungen zu erfüllen. Sie glaubt, daß sie in der Lage sein wird, die angegebenen Fristen auf den genauesten innezuhalten. Das bedeutet, daß die Regierung nicht die Durchführung der Forderungen als gleichbedeutend mit dem Untergang der deutschen Republik abgelehnt hat. Die Bestimmungen über die Entwaffnung werden entworfen werden, die Radfahrerkompanien aufgelöst, die überzähligen Offiziere werden in das Hunderttausendmannheer eingereicht, die Zahlmeisterstellen werden verringert werden. All diese Forderungen sind jetzt plötzlich durchführbar, obwohl man noch vor wenigen Wochen dem deutschen Volke eingeredet hatte, die Erfüllung sei

gleichbedeutend mit dem völligen Zusammenbruch der deutschen Republik! Es ist ohne weiteres verständlich, daß die Folge dieser Politik im Auslande schärfstes Mißtrauen gegen alle Versprechungen der deutschen Regierung sein muß.

Eine einzige Schwierigkeit scheint die Regierung zu sehen: das ist die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschußorganisationen. Die Regierung wird wahrscheinlich die Dringlichkeit nicht unter die aufzulösenden Selbstschußorganisationen rechnen. Die Folge dürfte sein, daß nach Ueberreichung der am 31. Mai fälligen Liste der aufzulösenden Organisationen General Kollert die Einreichung der Dringlichkeit in diese Liste fordern wird. Dann wird sich zeigen, welche eine Farce das Entwaffnungsgesetz vom 22. März 1921 ist, gegen das unsere Partei schon damals die heftigsten Proteste erhoben hat. Man wird mit seiner Hilfe kaum die Dringlichkeit ausheben können und der Reichstag wird ein neues Ergänzungsgesetz annehmen müssen. Die größte Schwierigkeit aber beruht noch immer in der Frage der bayerischen Einwohnerwehren. Die Regierung gibt sich der stillen Hoffnung hin, daß die bayerische Regierung nicht mehr wie bisher energischen Widerstand leisten wird, sondern daß sie bei einer Verbesserung der Polizeistärke, die die Regierung von einer noch ausstehenden Entente-Note erhofft, bereit sein wird, die Einwohnerwehren aufzulösen. Welche Anzeichen für die Berechtigung dieser Hoffnung vorliegen, darüber vermag die Reichsregierung heute noch keine Auskunft zu geben.

Frankreich will doch noch das Ruhrgebiet besetzen?

London, 17. Mai. Wie gemeldet wird, sagte der amerikanische Kommissar für die Rheinlande, Koenen, in einer Rede, Frankreich sei entschlossen, in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Für die Vereinigten Staaten gebe es in dieser Angelegenheit nur einen Weg, England in seinem Widerstand gegen diese Politik zu unterstützen.

Ein Notenwechsel über die Luftfahrtsbestimmungen.

Berlin, 17. Mai. Die interalliierte Luftfahrtkontrollkommission hat unterm 13. Mai an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der sie vor dem 18. Mai um Mitteilungen der Maßnahmen bittet, welche die deutsche Regierung ergreifen hat, um die Durchführung der Bestimmungen der alliierten Mächte hinsichtlich des Luftfahrtswesens zu sichern.

In einer Anlage zu dieser Note wird die deutsche Regierung aufgefordert, bis zum 15. Mai 1921 die im Friedensvertrag vorgesehenen Ablieferungen zu beenden, die für die Zerklüftung von Zeppelinlinien verlangt Entschädigung zu leisten und die Verwendung von Flugzeugen bei den Militärformationen zu unterlassen.

In der Antwort des Auswärtigen Amtes heißt es:

Die deutsche Regierung wird bemüht sein, das in Deutschland noch verbleibende Luftfahrtsgerät mit größter Beschleunigung zu erfassen. Sie wird die Nachforschungen der Kommission nach solchem Gerät in jeder Weise erleichtern, und sie wird in kürzester Zeit gesetzliche Maßnahmen treffen, um die Ausführung der Entscheidungen sicherzustellen. Die deutsche Regierung wird die für die Zerklüftung von Zeppelinlinien geforderten Entschädigungen leisten. Die Polizeiformationen sind nicht im Besitze von Flugzeugen (? D. Red.) und werden auch in Zukunft nicht damit ausgerüstet werden.

Heimliche Erzählungen.

Eine verpaßte Einheitsfront von Westarp bis Scheidemann?

München, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der bekannte bayerische Separationspolitiker Dr. Heim schreibt im bayerischen Kurier zur Frage des Zustandekommens der neuen Reichsregierung: „Ich bin von keiner Seite gefragt worden und wage meine Hände in Unschuld. Wenn die Geschichte vor der Abstimmung einmal geschrieben wird, so wird betont werden, daß die vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zur Herstellung einer Einheitsfront von der äußersten Rechten bis zu den Mehrheitssozialisten im Augenblick gegeben war. Daß dieser Augenblick verpaßt wurde, erfüllt mich als deutschen Patrioten mit tiefem Schmerz.“ Diese Erklärung bezieht sich auf eine Mitteilung des Vaterland, wonach man im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu der Ueberzeugung gekommen war, daß die durch das Ultimatum dem deutschen Volke aufgebüdeten Lasten nicht getragen werden könnten. „Der Reichstagspräsident Vöbe ging zum Führer der Deutschnationalen Dr. Gerat und erklärte ihm, nachdem die bürgerlichen Parteien in der Ablehnung des Ultimatus einig seien, könnten die Mehrheitssozialisten das Odium der Annahme nicht auf sich nehmen, seien vielmehr der Anschauung, daß jetzt die Stunde zur Bildung einer deutschen Einheitsfront gekommen sei. Da kam der deutsche Reichshalter in Paris Dr. Mayer dazwischen und suchte mit einem suchtsicheren Optimismus Glauben zu machen, daß die angelegenen Lasten getragen werden könnten. Die bürgerlichen Parteien gingen zu wackeln an und die Einheitsfront, die eben im Begriff war, sich zu bilden, war zerstört. Dagegen erklärt Votshafter Dr. Mayer im bayerischen Kurier, daß er in der Besprechung der Fraktionsführer der Regierungsparteien die gegnerische Meinung über die deutsche Reichsunfähigkeit darlegte, eine eigene Meinung über die Erfüllbarkeit des Ultimatus aber nicht geäußert habe.“

Es scheint, als ob Dr. Heim in der oben wiedergegebenen Erklärung sich gegen seinen Fraktionsgenossen Mayer wenden will. Für uns ist wichtiger die Frage nach dem Verhalten der Reichsozialisten. Sie werden Aufklärung darüber geben müssen, wie es Herr Dr. Heim möglich ist, von dieser sondern haren Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten zu sprechen.

Bravo den italienischen Sozialisten!

Mit Stolz dürfen die italienischen Sozialisten auf den Wahltag blicken. Sie haben sich gut geschlagen, sie haben trotz der blutigen Gewalttätigkeiten der Faschisten, die ihnen fast die Wahlagitation unmöglich machten, eine Position behauptet, so stark, daß ihre Feinde erschüttert stehen ob dieses Beweises starker Lebenskraft der proletarischen Bewegung. Die italienischen Sozialisten haben in einer Schlacht, in der Wind und Sonne gegen sie war, in der sie mit nackter Brust den Revolvern und Dolchen und Bomben der weißen Gardien entgegenzutreten mußten, sich tapfer behauptet. Sie haben für sich und für die Arbeiterklasse ganz Europas gekämpft — indem sie ihre Stellung in Italien hielten, haben sie die Hoffnungen der internationalen Reaktion gedämpft, die den Niederbruch der Position des Proletariats auf der Apenninenhalbinsel als eine Ernüchterung zum Vormarsch gegen die Arbeiterklasse überhaupt begriffen hätte.

Noch steht nicht fest, wie groß die Zahl der sozialistischen Abgeordneten in der neuen Kammer sein wird. Die Meldungen schwanken und werden bei der Umständlichkeit des Wahlverfahrens erst in einigen Tagen größere Festigkeit gewinnen. Aber ob nun der Korrespondent der Frankfurter Zeitung recht haben wird, der den „offiziellen Sozialisten“ 120 Sitze gibt, oder ob die Pariser „Information“ besser unterrichtet ist, die behauptet, daß ihre Zahl auf 90 sinken wird, soviel steht fest, daß sich unsere Genossen unter den widrigsten Umständen glänzend behauptet haben. Unser Pariser Bruderblatt, der Populaire, brachte am Vorabend der Wahl eine Betrachtung, worin es unter Berufung auf Äußerungen des Kwanti hieß: „Der große Sieg vom November 1918, der 156 Abgeordnete nach Montecitorio entsandte, wird sich nicht wiederholen. Wir sind darauf gefaßt, daß die sozialistische Vertretung auf die Hälfte vermindert wird...“ Diese Befürchtung war nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß in verschiedenen Provinzen, so in Reggio Emilia, das sonst eine Hochburg des Sozialismus gewesen, unsern Genossen durch die Faschisten die Wahlagitation überhaupt unmöglich gemacht worden war, so daß dort Wahlfesthaltung proklamiert werden mußte, die, wie die Meldungen zeigen, auch fast restlos befolgt worden ist. Auch mit 90 Mandaten übertrifft deshalb das Ergebnis bei weitem die Erwartungen, die man bei der Angst der Verhältnisse hegen durfte. Als im Jahre 1881, in der schlimmsten Periode des Sozialistengesetzes, die deutsche Sozialdemokratie 311 961 Stimmen behauptete gegen 477 158, die sie in der Wahlkampf vor dem Erlaß des Anebelungs-gesetzes genötigt hatte, da schrieb Engels erfreut aus London: „So famos hat sich noch kein Proletariat benommen.“ Es war eine Defensivschlacht gewesen, in der die Partei ihre Kraft auf ihre stärksten Positionen hatte konzentrieren müssen; keiner ihrer Feinde hatte erwartet, daß sie sich so kräftig gegen die brutale Verfolgung des bismarckischen Gewaltregiments behaupten werde. Daß sie noch mehr als 300 000 Stimmen muster konnte, nachdem sie drei Jahre lang mit allen niederträchtigen Gewaltmitteln gehebt und unterdrückt worden war, nachdem ihr die Wahlagitation durch eine schändliche Polizeipraxis in vielen Wahlkreisen schier unmöglich gemacht worden war, daß sie den Feinden der Arbeiterklasse gewaltig in die Glieder. Damals meldete der Berliner Korrespondent der Times nach London die große Bestürzung, die „in den hohen und höchsten Regionen“ über den sozialdemokratischen Wahlerfolg herrschte. Mit dieser Situation der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1881 darf man die der italienischen Sozialisten von heute vielleicht einigermaßen vergleichen, nur daß von ihren Anhängern vielfach noch größere Opferbereitschaft und Hingebung an die Sache gefordert werden mußte, als damals unter dem Sozialistengesetz bei uns. Denn der Kampf gegen die Faschisten fordert unter Umständen direkt den Einsatz des Lebens. Und außerdem haben die italienischen Sozialisten noch gegen einen Feind von links zu kämpfen, der ihnen in diesem harten Kampf gegen die weißen Bluthunde der Bourgeoisie in Rücken und Flanke fällt, gegen die Kommunisten. Auch gegen diese haben sie sich erfolgreich behauptet. Das Verhältnis zwischen den Mandaten der Sozialisten und der Kommunisten zeigt, daß die letzteren über die Bedeutung einer Sekte nicht hinausgekommen sind. Das italienische Proletariat steht in seiner überwältigenden Mehrheit geschlossen zur Partei, die der von Moskau exkommunizierte Serrati führt. Diese Wahlschlacht zeigt, wie falsch die Diktatoren von Moskau gerechnet haben, als sie glaubten, durch die Spaltung von Livorno die Massen des italienischen Proletariats der sozialistischen Partei entfremden zu können. Sie haben nur einen Splitter vom großen sozialistischen Stamm abzuspargen vermocht. Der gleich Serrati exkommunizierte Levi behält recht, wenn er diese Spaltungsakt eine selbstmörderische, eine gegen die Schaffung kommunistischer Massenparteien gerichtete genannt hat. Die Kommunisten werden mit höchstens 15 Sitzen in der Kammer erscheinen.

Die bürgerliche Presse Deutschlands bewährt sich natürlich wieder als Meister der Verschweigungskunst, als williger Zu-

Ergebnis der italienischen Wahlen. Sie sagt bei Ihren Reden vom Wahlergebnis kein Wort von der Vernichtung der Wahlfreiheit, die unter Glottis wohlwollender Neutralität von den Sozialisten praktiziert wurde, sucht sie den Eindruck zu erwecken, als ob ein Rückgang des Sozialismus in Italien eingetreten wäre. Die Pariser „Information“ konstatiert dagegen: „Die Sozialisten und Kommunisten verlieren zusammen mehr als 40 Sitze. Ihr Einfluß im Lande ist aber nicht ernstlich gesunken, da die Wahlbeteiligung nur ungenügend war.“ Wie es mit der Wahlfreiheit ausgefallen hat, davon geben die letzten Nummern des Anonni noch allerlei Proben. So wird aus Novigo vom 12. Mai gemeldet: „Vorige Nacht kam in Occhiobello die übliche maskierte Bande zu den Häusern unserer drei Genossen Fantoni, Janetti und Mastini, griff sie wie gewöhnlich an und unter Stoßschlägen und Ausschreitungen forderte sie dieselben am Pöbel an, sich aus dem Gebiet der Todesstrafe zu entfernen. So wird die Wahlfreiheit geschützt. Uebrigens ist das ganze Vogebiet wehrlos einem Raubgehirn preisgegeben bei vollem Einverständnis der Behörden. Die Bande über den Po ist befehligt von faschistischen Truppen, die verhaften, schlagen und verfolgen. In Pontefrago ist das Quartier der Nationalisten, nachts kommen sie in die Häuser, deren Anwesen es ergeht, wie es den Brüdern Fantoni erging, deren Haus verwüstet und die dann geschlagen und ganz nackt auf die Straße geschickt wurden. In einem Tage wurden weitere 20 Arbeiter geschlagen. Und so fort. — In voller Freiheit!“ Und die Zeitung der sozialistischen Partei hat in einer Sitzung in Rom am 12. Mai beschlossen: „Ungeachtet des letzten Rundschreibens, das Glottis gerufen hat, den Präfecten zu schiden, kann das Komitee mit Dokumenten beweisen, daß Gewalttätigkeiten aller Art, die brutallsten und infamsten, von den Faschisten ungehindert fortgesetzt werden, besonders in den Provinzen Perugia, Siena, Modena, Ferrara, Novigo. Die Sammlung dieser Dokumente schreitet fort. Die Genossen werden ermahnt, die Parteilichkeit Photographien ermordeter Genossen, eingekerkelter Volkshäuser und Arbeitskammern zusammen zu lassen, ebenso wie alles, was mit Hilfe von Photographien dazu dienen kann, die Gewalttätigkeiten unserer Gegner in vollkommener Weise zu demonstrieren. Die Arbeiter der ganzen Welt sollen erfahren, bis zu welchem Grade man in Italien die Freiheit und das Recht der Arbeiter vertritt.“

Die Dokumente der italienischen Wahlfreiheit sollen in einer besonderen Broschüre herausgegeben werden. Sie sind das ergänzende Material, das den Wahlerfolg unserer tapferen italienischen Genossen erst in das rechte Licht stellt.

Die verschiedenen Meldungen über das Wahlergebnis, die wir vorläufig mit ihren Widersprüchen einfach untereinanderstellen müssen, lauten folgendermaßen:

Rom, 16. Mai. Tribuna sieht folgendes wahrscheinliche Wahlergebnis voraus: Liberale, Demokraten, Radikale und Reformisten 240 bis 255 Sitze, Sozialisten 90 bis 110 Sitze, Populär (Katholische Volkspartei) 90 bis 107 Sitze, Kommunisten 10 bis 15 Sitze, Republikaner 10 bis 15 Sitze, Faschisten und Nationalen Kombattanten 20 bis 35 Sitze, unabhängige Kombattanten 10 bis 15 Sitze, Slawen und Deutsche 10 bis 11 Sitze.

Rom, 16. Mai. Es steht bereits fest, daß der Monte Citorio sich wenig verändern wird. Die offiziellen Sozialisten dürften trotz der kommunistischen Sezession nur 20 von ihren bisherigen 180 Mandaten einbüßen. Sie haben ihre Position in Rom, Mailand und Livorno behauptet. Die Kommunisten erhalten voraussichtlich 10, die Nationalisten und Faschisten 30 Mandate. Die bäuerliche Blockbildung gegen die Sozialisten hat sich als wenig wirksam erwiesen, da sich die Blockkandidaten infolge ihrer Heterogenität untereinander heftig bekämpfen. Sibirskoi hat alle vier Kandidaten des deutschen Verbandes mit erdrückender Mehrheit bei 90 Prozent Wahlbeteiligung gewählt. Görz drei Slawen. Dagegen hat der italienische Nationalblock in Triest gesiegt und drei von den vier Mandaten in Triest erobert, während das vierle Triester Mandat den Sozialisten zufiel. (Frankf. Ztg.)

Rom, 17. Mai. (Popolara Stenon.) Nach den letzten Nachrichten sind Glottis und alle Minister sowie die ehemaligen Ministerpräsidenten Delandò, Saffarino und Miti wiedergewählt worden. Der frühere Kammerpräsident Denicola ist wiedergewählt, ebenso die Sozialistenführer Turati und Treves, der Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Daragona und der Führer der Sozialisten Teba.

Rom, 17. Mai. Die fortschreitende Aufrüstung ergibt immer deutlicher das Scheitern der Blockpolitik. Die offiziellen Sozialisten lehnen mit mindestens 120 Abgeordneten kaum schwächer zurück die Populär bleiben mit 105 unerändert stark. Unter den Blockkandidaten sind gerade die Faschisten und Nationalisten von der Blockbildung begünstigt worden, indem sie 25 statt fünf Mandate erhielten. (Frankf. Ztg.)

Paris, 18. Mai. (TU.) Information meldet über das Ergebnis der Wahlen zur italienischen Kammer, daß die Sitze der Sozialdemokraten in der neuen Kammer von 156 auf 90 sinken werden, die der Volkspartei von 100 auf 90; die der Kommunisten erhöhen sich von 10 auf höchstens 15, die des Nationalen Blocks von 20 auf 30 und die der Republikaner von 6 auf 10. Die verschiedenen sozialdemokratischen Sitze werden durch die Demokraten und die Mittelparteien belegt. Der Nationale Block wird also 240 bis 255 Sitze haben; die Sozialisten und Kommunisten verlieren zusammen mehr als 40 Sitze. Ihr Einfluß im Lande ist aber nicht ernstlich gesunken, da die Wahlbeteiligung nur ungenügend war. Zum ersten Male erscheint ein slawischer Vertreter in der italienischen Kammer.

Der Ergebnis der italienischen Wahlen.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Aus Mailand wird gemeldet: Die ersten Wahlergebnisse können nach dem Corriere della Sera für den Block der Nationalen als befriedigend betrachtet werden, wenn auch die Katholiken und Sozialisten nicht so viel Sitze zu verlieren scheinen, wie die pessimisten voraussetzen. Bemerkenswert ist die um fünf Prozent regere Wahlbeteiligung. Geschlossen sind die Deutschen in Sibirskoi und die Slawen in Triest. Es steht bereits fest, daß die Sozialisten in den Zentren Mittel- und Norditaliens an Zahl eingebüßt haben. Auffallend ist die Überlegenheit des nationalen Blockes in Genua, Florenz, Ferrara und Perugia. In Rom erhielten die Sozialisten mehr Stimmen als erwartet wurde. Sie wählten ihre Stimmen auch in Mailand, Neuchâg, Bari, einen unverhofften Erfolg erzielten sie in Neapel. Der frühere Ministerpräsident Salandra ist wiedergewählt. Der Kampf wurde in Sibirskoi mehr zwischen den Regierungskandidaten und der bürgerlichen Opposition unter der Führung Mitis ausgetragen. Salandra hatte einen ansehnlichen Erfolg in Salerno zu verzeichnen, wo seine Partei vier Mandate erhielt. Völlig niedergeschlagen wurde die Opposition

Mitis in den Abruzzen. Der nationale Block siegte ferner in Padua, Novigo, sowie in der Stadt und Provinz Florenz. In Reggio Emilia wurde wegen der Stimmenthaltung der Sozialisten nur 3850 sozialistische gegen 21 270 des nationalen Blocks und 15 850 Stimmen der Katholiken abgegeben. In der Provinz Mailand siegten die Sozialisten in Mantua, Pavia, Pila und mehreren anderen Städten.

Zusammenbruch der polnischen Aktion in Oberschlesien?

Korfanty zum Rückzug bereit.

Oppeln, 17. Mai. (WB.) Der polnische Exekutivauschuss, an dessen Spitze Korfanty steht, hat an die Interalliierte Kommission in Oppeln ein Telegramm folgenden Inhalts geschickt: „Oberschlesien hat sich 12 Tage lang im Aufstand befunden. Das polnische Volk hat niemals den Anspruch erhoben, durch Gewalt zu triumphieren, aber es hat sein Leben für seine heiligen Rechte hingegeben. Der Ausbruch gibt zu, daß in der Leidenschaft des Aufstandes die Grenzen der Klugheit überschritten worden sind, aber unter begehrteten Streitkräften sind nunmehr bereit, einen Rückzug anzutreten, groß genug, um zu sichern, daß die Feindseligkeiten mit den Deutschen sofort aufhören, vorausgesetzt, daß das Gebot, das sie räumen, von alliierten Truppen und nicht von deutschen Truppen befehligt wird. Wir werden keinen Zoll Boden an die Deutschen überlassen, aber wir werden ihn der Interalliierten Kommission überlassen. Wir bitten demgemäß, daß die gekümmerte Zone von den Alliierten befehligt werde, so daß die polnische Bevölkerung nicht unter Vergeltungsmaßnahmen zu leiden hat, wie sie bereits vorgekommen sind.“

Die Erklärung Korfantys, den Rückzug anzutreten, muß man als das Eingeständnis betrachten, daß Korfanty sein Unternehmen als gescheitert ansieht. Sein Entschluß zum Rückzug ist offenbar durch zwei gewichtige Faktoren bestimmt worden. Zunächst scheint Korfanty seine Leute nicht mehr in der Hand zu haben. Korfanty läßt zwar Lohnlisten führen, in denen die Kampfstage als Schichttage eingetragen werden, die die Industriellen Werke bezahlen sollen. Diese werden sich aber selbstverständlich weigern, die Zahlungen zu leisten. Korfanty selbst verfügt nicht über die notwendigen Geldmittel und so werden seine Truppen um ihr Geld kommen. Unter diesen Umständen erscheinen die Meldungen glaubwürdig, die berichten, daß die Insurgenten in Massen die Waffen beiseite legen. Zugleich mit seinem Telegramm an die Interalliierte Kommission hat Korfanty einen Aufschub an seine Leute erlassen, in dem er die selbständige Demobilisierung der Mannschaften sanktioniert und alle Entbehrlichen auffordert, so bald als möglich zur Arbeit zurückzukehren.

Die weitere Ursache für Korfantys Rückzug ist zweifellos in dem starken Druck der Entente auf Polen zu suchen. Wie aus Warschau berichtet wird, hat die Rede Lloyd Georges in Warschau eine niederschmetternde Wirkung ausgeübt. Der Ministerpräsident Witos und der Innenminister Stuski sind sofort nach Sosnowice zu Verhandlungen mit Korfanty abgereist. Gegen Korfanty finden sich bereits sehr scharfe Angriffe in der Presse. „Korfanty flücht auch uns Demütigungen zu, schreiet der Kurzer Polst, seine Praxereien und Bluffmethode vermehren nur den unangenehmen Eindruck, in welche Hände die obereschlesische Volksbewegung geraten ist. Alle Nachrichten über die Annahme der Demarkationslinie und über den Waffenstillstand erweisen sich als Schwindel.“ Scharf wendet man sich auch gegen den Außenminister Sapieha, dessen diplomatische Kunst vollständig versagt habe. Frankreichs Unterstützung für Polen wird nicht als ein Verdienst der polnischen Diplomatie bewertet, sondern als selbstverständlich betrachtet. Dagegen kam die empörende Bezeichnung der obereschlesischen Polennation, die diese in Italien fand, und der absolute Widerstand Englands für die polnische Öffentlichkeit vollkommen unerwartet. Selbst die Rechtsparteien, die Sapieha bisher unterstützten, rücken nunmehr von ihm ab. So schreibt die Gazeta Poranna, daß ein Ableben Sapiehas für das Schicksal der obereschlesischen Frage und für den Polenstaat eine ernste Gefahr bedeuten würde. Nicht ohne wesentlichen Einfluß auf den Entschluß Korfantys dürfte auch die Nachricht gewesen sein, daß die Entente ernstlich erwägt, wesentliche Truppenverrästungen nach Oberschlesien zu entsenden. Nach einer Meldung aus Paris soll der Vorkommandant die Ententeerklärungen um Entsendung neuer Truppen in genügender Anzahl erlucht haben. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß auch der Pariser Temps in einem Artikel ausdrücklich die Notwendigkeit der Verstärkung der alliierten Besatzungsarmee in Oberschlesien betont.

Jedenfalls hat das Eingreifen der Entente, besonders der englischen Regierung, dem Korfantyschen Eroberungszug ein Ende gemacht. Freilich ist damit die Aufgabe der Entente noch keineswegs erfüllt. Sie hat vielmehr die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen des Vertrags über Oberschlesien nun restlos durchgeführt werden. Bis zur endgültigen Festsetzung der Grenzen trägt die interalliierte Kommission allein die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien und sie hat für ausreichenden Schutz der Bevölkerung zu sorgen.

Zwischen Paris und London hat nach einer halbamtlichen Londoner Meldung ein Meinungsaustausch über die obereschlesische Frage stattgefunden. Dadurch seien die Mißverständnisse zwischen Lloyd George und Briand nun größtenteils beseitigt worden. Daily Express zufolge ist Frankreich ein neues Memorandum der englischen Regierung zugestellt worden, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Rede Lloyd Georges in Frankreich augenscheinlich mißverstanden worden sei, insbesondere seine Erklärung bezüglich der Erlaubnis, die Deutschland erhalten solle, in Oberschlesien einzugreifen. Das Blatt sagt weiter, die englische Regierung wolle, daß alle möglichen Schritte unternommen würden, um die Erfüllung des Friedensvertrags zu sichern, sowohl durch die Polen als auch die Deutschen. Den Daily News zufolge, soll in englischen Regierungskreisen beabsichtigt sein, die endgültige Entscheidung und Regelung der obereschlesischen Frage dem Völkerbund zu überlassen, der sofort einberufen werden soll.

Ueber Einzelheiten unterrichten noch die folgenden Meldungen:

Die obereschlesische Frage vor dem Obersten Rat.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Die Morgenblätter teilen mit, daß eine neue Konferenz des Obersten Rates für den kommenden Sonnabend und Sonntag einberufen werden soll. Als einziges Thema steht die obereschlesische Frage auf der Tagesordnung. Der Korrespondent der Wollischen Zeitung in London behauptet: „Es wird hier als ein Zeichen der Bestimmung zwischen London und Paris aufgeföhrt, daß die geplante Sonderkonferenz zwischen Lloyd George und Briand nicht vor dem Zusammentritt des Obersten Rates stattfinden wird. Die

neue Konferenz dürfte wahrscheinlich in Paris oder in Vologna, nicht, wie bisher gemeinhel, in Brüssel stattfinden.“

Glottis auf seinen Lloyd Georges.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Aus Mailand wird gemeldet: Der Glottis schreibt, die italienische Regierung hat grundsätzlich keine Einwendungen gegen die Anwendung deutscher Reichswache zur Sicherung der von den polnischen Insurgenten unterbrochenen obereschlesischen Bezirke zu machen. Glottis erklärt, daß er sich mit dem gesamten Inhalt der Rede Lloyd Georges über Polen einverstanden erklären könne,

Amerikas Stellung.

Paris, 16. Mai. Havas meldet aus Washington: Nach Nachrichten aus amtlichen Kreisen erklärt man, daß die amerikanische Regierung die obereschlesische Frage für eine Angelegenheit von nur europäischem Interesse halte. Man glaubt in gut unterrichteten Kreisen, daß die amerikanische Regierung keinerlei Stellung zu dieser Frage nehmen wird und daß sie bis jetzt keinerlei Maßnahme getroffen hat, von der man annehmen könnte, daß sie entweder zur französischen oder zur englischen Auffassung neige. Da es jedoch der Wunsch des amerikanischen Volkes ist, daß das Leben in Europa wieder normal werde, so ist die öffentliche Meinung der Ansicht, daß die amerikanische Regierung, wenn sich ein günstiger Augenblick dazu bietet, einreisen werde, um die beiden Standpunkte zu vereinigen. Man glaubt jedoch, daß eine Lösung ohne Amerika gefunden werden wird.

Paris, 17. Mai. Der Chicago Tribune wird von ihrem Sonderberichterstatter aus Washington gemeldet, daß gewisse Anzeichen dafür vorliegen, daß die amtlichen Kreise mit den Neuseer Lloyd Georges im Unterhaus am vorigen Freitag sympathisieren. Es sei jedoch unrichtig, daß er sich so heftig ausgedrückt habe, weil das Uneinigkeit zwischen Frankreich und England hervorruft. In Washington werde es für wichtiger gehalten, daß die Einigkeit zwischen England und Frankreich wärderberggestellt, als daß die obereschlesische Frage geregelt werde. Die Stellungnahme Washingtons werde wahrscheinlich inoffiziell bleiben und mittels moralischer Unterstützung die Lage beeinflussen.

Donguet über die Lage.

Paris, 17. Mai. Im Populäre sagt Charles Donguet, seit diesen Jahren habe man in der bürgerlichen Presse noch keinen solchen Haß und solche Foutergüsse gegen die geliebten Verbündeten jenseits des Kanals festgesetzt. Die Rede Lloyd Georges gegen den polnischen Chauvinismus habe einen wahren Wutausbruch bei den meisten großen Blättern hervorgerufen, die sich annahmten, im Namen der öffentlichen Meinung Frankreichs zu sprechen. Niemals sei der arbeitenden Klasse und dem Sozialismus so gebieterisch die Pflicht erwachsen, darüber zu wachen, daß der Weltfriede nicht gestört werde.

Eine englische Note an Deutschland.

London, 18. Mai. (TU.) Wie gemeldet wird, hat die englische Regierung eine ernste Mahnung an die deutsche Regierung gerichtet, worin darauf hingewiesen wird, daß Deutschland frühere Maßnahmen ergreifen müsse, um ungesetzliche Taten von Deutschen in Oberschlesien zu verhindern.

Aus dem Aufstandsgebiet.

Kreuzburg, 18. Mai. (TU.) Die Polen greifen seit sieben Uhr abends die Streitkräfte der deutschen Front bei Kreuzburg an. Der Hauptstoß richtet sich auf Gohle. Die Gegend Hlisch von Gohle ist in ihrer Hand. Ein gleichzeitiger Angriff auf Hlisch ist abgeschlagen. Dieser mit starken Kräften unternommene Angriff bewegt, den äußersten Äußel des deutschen Selbstschutzes abzuschneiden und den wichtigsten Eisenbahnknotenpunkt in ihre Hände zu bekommen. Deutsche Gegenmaßnahmen sind ergriffen.

Wieschen, 18. Mai. (TU.) Der englische Kreiskontrollleur von Tarnow ist von den Insurgenten verschleppt worden. Es gelang ihm durch Hilfe, nach Tarnow zurückzukehren, wo er in einer Klinik dabeibeliegt. Der Kreiskontrollleur erklärt im Tarnowher Stadtrat eine Erklärung, in der er der deutschen Bevölkerung für ihre Anteilnahme an seinem Schicksal dankt.

Kattowitz, 18. Mai. (TU.) Montanabend gegen elf Uhr erschien in der Betriebswerkstätte des Lokomotivschuppens eine Bande von polnischen Aufständischen in Stärke von etwa 200 Mann, die vierzehn Lokomotiven aneinanderkuppelten und davonführten. Hilfe konnte nicht herbeigerufen werden, da die Aufständischen die Drahtleitungen durchschnitten hatten.

Ein Mietssteuergefeh zur Behebung der Wohnungsnot.

up. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf ausgegangen, der die Förderung des Wohnungsbaues zum Zweck hat. Der Grundgedanke des Entwurfs ist, durch die Erhebung einer Mietssteuer einen größeren Beitrag aufzubringen, der zur Verstärkung und Amortisation einer Anleihe zum Bau von neuen Wohnungen dienen soll. Der Reichstag überwies die Vorlage, die bereits in einem Ausschuh vorbereiten wurde, einem der ständigen Ausschuh zur Ueberprüfung.

Die Wohnungsnot hat einen geradezu katastrophalen Charakter angenommen. Wie der gegenwärtige Wohnungsmangel sich zahlenmäßig darstellt, erhellt daraus, daß vor dem Kriege jährlich 200 000 neue Wohnungen hergestellt, aber in den letzten Jahren so gut wie gar nicht gebaut worden ist. So darf der Jahresbeitrag an Wohnungen auf über eine Million beziffert werden. Ueber eine Million Familien sind also ohne erträgliche Behausung, freilich ihr Dasein zum guten Teil in gesundheitsverlittenden Behäern. Die gewaltige Leerung der Baumaterialien hält die private Bauindustrie davon ab, den Wohnungsbau wieder in einigermaßen zureichendem Umfang auszunehmen. Zwar wären jetzt mit Vorschub auch die teuersten Wohnungen gegen hinreichend zinsaufbringende Mieten an den Mann zu bringen, aber es ist damit zu rechnen, daß in nicht allzu ferner Zeit auch die Preise der Baumaterialien sich wieder senken. Dadurch würde der Wohnungsbau wieder billiger werden, so daß die jetzt unter den abnormen Preisverhältnissen für Bauzwecke angewendeten Summen sich nicht mehr hinreichend vergrößern würden. Es ist daher unumgänglich, daß Reich, Staat und Gemeinden eingreifen.

Hierzu soll der Gesetzentwurf die Wege ebnen. Es soll eine Abgabe von 6 Prozent des Mietszafes erhoben werden. Die Gemeinden sollen Zuschläge von 5 Prozent erheben, die allerdings mit Zustimmung der obersten Landesbehörde erlassen oder auch bis auf das Doppelte erhöht werden können. Der nach Berücksichtigung der Regierungsvorlage bei vorläufiger Schätzung zu erwartende Ertrag würde sich auf 300 Millionen Mark belaufen. Damit ließe sich eine Anleihe von 3,2 Milliarden Mark verzinsen und amortisieren. Die Kosten für eine Wohnung von etwa 50—60 Quadratmeter Bodenfläche belaufen sich auf 55 000—60 000 Mk., von denen 40 000 Mk. im Durchschnitt durch Zuschüsse aufgebracht werden müßten. Mit den 3,2 Milliarden ließen sich also jährlich 80 000 Wohnungsbauten finanzieren. Das ist noch heralich wenig. Zwar ist die Bevölkerung des Deutschen Reichs durch Gebietsabtrennung und Menschenverluste im mörderischen Kriege erheblich zurückgegangen. Auch hat, wie erst kürzlich berichtet wurde, die Sterbezah! in Deutschland die der Geburten überstiegen, so daß für die nächste Zeit mit einem größeren Bevölkerungswachstum nicht gerechnet zu werden braucht. Ehe aber das Manko an Millionen Wohnungen, zu denen jährlich noch eine größere Ziffer für den Erlaß der durch den Jahr der Zeit unbrauchbar gewordenen hinzukommt, eingebracht wird, vergeht geraume Zeit. Auf den Inhalt des Gesetzes selbst werden wir in einem andern Zusammenhang noch näher eingehen.

Mitwirkerschaft im Reichsverkehrsministerium.

Wie eigenartig die Zustände im Reichsverkehrsministerium sind, geht aus einer kleinen Anfrage hervor, die die Abgeordneten Leopold und Dr. Philipp kürzlich im Reichstage eingebracht haben. Danach werden zur Zeit im Reichsverkehrsministerium Verhandlungen über die Abgrenzung der Gebiete der Bezirksbahndirektionen gepflogen, zu denen die maßgebenden Verbände der Industrie und des Handels nicht zugezogen worden sind.

Man kann immer wieder die Beobachtung machen, wie selbstherrlich im Reichsverkehrsministerium gearbeitet wird. Die Methoden des alten kaiserlichen Regimes werden wahrhaft noch übertrieben. Erst kürzlich hat der erste Vorkämpfer der Reichseisenbahnfrage, Herr Geheimrat Kirchhoff, in einer Schrift darauf hingewiesen, wie systematisch gerade die Kenner der Reichseisenbahnfrage vom Reichsverkehrsministerium sabotiert werden, wie vor allem aber im Reichsverkehrsministerium sich eine Stimmung geltend macht, die geradezu dem in der Verfassung festgelegten Gedanken der Reichseisenbahn entgegenarbeitet und immer wieder versucht, die Eisenbahnen dem Privatkapital auszuliefern. Wir werden noch ausführlich auf diese sehr interessante Broschüre des Herrn Geheimrats Kirchhoff zurückkommen, die eine schwere Anklage gegen die finanzstarken Maßnahmen sowie die organisatorischen Neuerungen des Reichsverkehrsministeriums darstellt.

Alles Phrase!

Die Herren Deutschnationalen haben im Reichstage folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Wie groß ist die Zahl der Deutschen, die noch heute in fremder Kriegsgefangenschaft schmachten? Was tat die Reichsregierung seit ihrer letzten Mitteilung an den Reichstag zu Gunsten der in Sizilien und in anderen Gebieten des ehemaligen Russlands Weisenden? Was tat sie in diesem Jahre zur Befreiung derer, die in Aigion gefangen gehalten werden? Bayern hat seine Staatsangehörigen bereits zurückgehalten.

Den Herren kann nur geantwortet werden, daß sie es gewesen sind, die am heftigsten gegen den Vertrag Sturm liefen, der eben zwischen dem deutschen Auswärtigen Amt und der Sowjetregierung abgeschlossen worden ist, nach dessen Wortlaut die letzten Gefangenen und Internierten aus Rußland zurückkommen werden, ja sogar diejenigen Gefangenen, die wegen verbrecherischer Vergehen in Rußland festgehalten worden sind. Gerade die Herren, die wegen der Auslieferung unserer Gefangenen so jammern, sind es selbstsamerweise immer, die gegen jeden vernünftigen Vertrag Sturm laufen und der Regierung immer wieder Vorwürfe wegen solcher Verträge machen. Sie denken aber auch nicht daran, die Gefangenen heldenmütig zu befreien. Ihre einzige Tat besteht darin, durch eine Organisation der Polizeigeborgane sämtliche in Deutschland weilenden Russen nach jeder Richtung hin zu skandalisieren.

Unsere Klassenjustiz.

Das Schwurgericht zu Offenburg (Baden) verhandelte heute gegen einen jungen Kadettarchivar, der als Junge in einem Alimentsationsprozess vms u w a h r e o i d i s c h e Aussage gemacht hatte, um die Vaterhaft nicht einzulassen zu müssen. Später widerrief er dies und gab die Wahrheit an. Der geistig beschränkte Junge erhielt neun Monate Gefängnis.

Vor der Strafkammer Offenburg war vorher der Bürgermeister aus Biberach, ein sehr gebildeter Mann, angeklagt, weil er als vorordneter Zeuge beschworen hatte, er wisse nichts davon, daß in seinem Hause Fliedrich verwendet wurde, das von einer Schwarzschlachterei herrührte. Es ist aber festgestellt, daß der Bürgermeister seine Frau wegen des Erwerbes solchen Fliedrich zur Rede gestellt hatte. Die Richter der Strafkammer nahmen an, daß ein fahrlässiger Fallstrich, verübt unter dem Zwange der Fragestellung, vorliegt, und sprachen wegen geringfügiger Leistung der Sache nur die Strafe von einem Monat Gefängnis, Anrechnung der Untersuchungshaft und Strafausschub auf Wohlverhalten aus.

Dem Bürgermeister, der durch eine fälschliche Aussage seine Frau und sich schädigen wollte, ist die Gnade geworden, die einem fälschen Kurken, der sich selber mit der Unwahrheit retten wollte, verweigert bleibt.

Zweierlei Hochverräter.

Der Deutschen Tageszeitung wird aus Jena gemeldet: Der Leiter der thüringischen Staatspolizei, Major von Müller-Brandenburg, ist nach Berlin beordert worden. Nachdem die gegen ihn schwebende Voruntersuchung belastendes Material zutage gefördert hat, ist gegen ihn vom Reichsanwalt in Leipzig die Anklage wegen Hochverrats erhoben worden.

Bekanntlich geht die Deke gegen den Leiter der thüringischen Staatspolizei von Kressen aus, die den Hochverrättern Rapp und Wittlich sehr nahe stehen. Diese Hochverräter hat die Justiz in den 14 Monaten, die seit dem Rapp-Bußsch verfloßen sind, noch nicht zu fassen vermocht. Gerade in diesen Tagen wurde berichtet, daß das Reichsgericht den Steckbrief gegen einen der Hauptbeteiligten, den bekannnten ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow, als „erledigt“ erklärt hat, weil er eine Kautalon von 20.000 Mk. gestellt habe. Das sieht ganz so aus, als sollte dieser Hochverräter ebenso amnestiert werden, wie so viele vor ihm. Dadurch bekäme ja die Justiz auch die erforderliche Zeit, sich noch eingehender mit den Hochverrättern von links zu beschäftigen.

Landesverammlung der U. S. P. Württembergs.

Am 7. und 8. Mai tagte in Stuttgart die Landesversammlung der U. S. P. Württembergs. Unsere württembergische Landesorganisation erhielt bei der Spaltung den allerhöchsten Schlag. Die Organisation wurde aufs heftigste erschüttert, weil der ganze Parteiapparat und das Parteiorgan in die Hände der Kommunisten fiel. Um so erfreulicher waren daher die Berichte der aus allen Teilen des Landes zusammengeströmten Delegierten, aus denen hervorging, daß die Partei wieder überall Wurzel geschlagen und daß es wieder, wenn auch den Umständen entsprechend langsam, vorwärts geht.

Ein wesentliches Verdienst an dieser Wiederaufbauarbeit fällt dem wenige Wochen nach der Spaltung neugegründeten Parteiblatt zu. Die Tagung beschäftigte sich vor allem mit organisatorischen und agitatorischen Fragen. Es wurde beschloßen, Staffelleistungen einzuführen. Der wöchentliche Grundbeitrag soll 50 Pf. betragen und sich staffeln bis zu 2 Mk. pro Woche. Eine völlige Zentralisierung des Beitragswesens dergestalt, daß die Ortsgruppen sämtliche Gelder an die Landesklasse abzuführen haben, wurde wegen der damit verbundenen Gefahren für die

Landesklasse, trotz warmer Bestürzung durch den Landessekretär, Genossen Schappeler, abgelehnt. Ueber Preisfragen referierte Genosse Schuler, über die innen- und außenpolitische Lage Genosse Rosenfeld. Berlin und über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften Genosse Schlieker, der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Beschloßen wurde, sofort die Gründung einer Druckerlegenossenschaft in die Wege zu setzen. Der auf der Tagung zum Ausdruck gekommene prächtige Kampfsinn läßt auch unter württembergischen Genossen voller Hoffnung in die Zukunft blicken.

Bezirksparität der U.S.P. Niederrhein.

In Düsseldorf tagte am 8. Mai der Bezirksparitätstag der U.S.P. Bezirk Niederrhein. Vertreten waren 70 Delegierte aus den Kreisen Düsseldorf, M.-Gladbach, Elberfeld-Barmen, Essen-Duisburg, Köln, Neuf-Grevenbroich, Wiers, Aken, Krefeld, Kemscheid-Solingen, sowie eine Reihe Vertreter der Bezirks- und Kreisleitungen, der Presse und verschiedene Reichs-, Landtags- und Provinziallandtagsabgeordnete. Ueber die nächsten Aufgaben der Partei referierte Genosse Verten-Düsseldorf.

Aus dem Bericht der Bezirksleitung erhellt, daß unsere Parteiorganisation, die durch die Hallenser Spaltung sehr geschwächt worden ist, sich wieder erholt hat und daß sie namentlich in den kommunistischen „Hochburgen“ sich gut entwickelt. Einsteimmig wurde eine Erhöhung des Monatsbeitrages für männliche Mitglieder auf 3 Mk. pro Monat beschloßen, der Beitrag für weibliche Mitglieder wurde auf 1.50 Mk. festgesetzt.

Neue diplomatische Aktensücke.

Von dem ehemaligen Sekretär der Russischen Botschaft in London, B. v. Siebert, wird jetzt unter dem Titel „Diplomatische Aktensücke zur Geschichte der Ententepolitik“ eine Schrift herausgegeben. Offenbar ist ihm dabei amtliche Unterstützung zuteil geworden.

In dem Buche werden alle wichtigen Fragen der letzten fünf Jahre vor dem Kriege behandelt: die Balkanfragen, England und Frankreichs Politik in Berlin, ostasiatische Fragen, türkische Fragen, Bagdadbahn, Marokko, Italiens Stellung zum Dreiebund, Tripolis, Balkankrieg und die Londoner Vorkriegskonferenz, die Konstantinopeler Militärmission Elman von Sanders, die Grundlage der russischen Meerengenpolitik, deutsch-russische Beziehungen das politische Verhältnis zwischen England, Frankreich und Rußland.

Man wird abwarten müssen, bis das Buch vorliegt, um endgültig darüber urteilen zu können.

Ein Vorstoß gegen die Konsumvereine.

Die Deutsche Volkspartei stellt sich schärfend vor den Kleinhandel, indem sie eine Anfrage im Reichstag an die Regierung richtet, was diese zu tun gedenkt, um eine Verdrängung der Kleinhandwerker durch die Konsumvereine zu verhindern.

In der Anfrage heißt es, daß die Kleinhandwerker, wenn sie die verbilligten Lebensmittel zur Verteilung an die Vergarbeiter erhalten wollen, mindestens 500 bezugsberechtigten Kunden nachweisen müssen. Diese Zahl zu erreichen, sei den Händlern durch die in den Gruben betriebene Agitation für die Konsumvereine erschwert. Dagegen haben die Konsumvereine es nicht nötig, eine bestimmte Kundenzahl nachzuweisen.

Die Reparationszahlungen beginnen.

150 Goldmillionen sofort, 850 innerhalb 25 Tage.

Berlin, 17. Mai. In Ziffer V des Ultimatus hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, innerhalb von 25 Tagen eine Milliarde Goldmark in Gold oder anerkannten Devisen, oder in deutschen Schatzanweisungen mit demontanter Laufzeit zu bezahlen. In Ausführung dieser Verpflichtung hat die deutsche Regierung — entsprechend ihrem Vorschlag in dem Vermittlungsantrage an die amerikanische Regierung — der Reparationskommission zunächst eine sofortige Zahlung von 150 Millionen Goldmark zuzüglich in ausländischen Devisen angeboten. Sobald die Reparationskommission die Empfangsstelle benannt hat, werden die 150 Millionen Goldmark überwiesen werden. Vor Ablauf der 25-tägigen Frist, also Ende Mai, wird der Reparationskommission eine weitere Zahlung in bar, der Rest in deutschen Schatzanweisungen, geleistet werden. Wie wir hören, sind Dispositionen getroffen, welche die Einlösung dieser Schatzanweisungen innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraums sicherstellen.

Paris, 17. Mai. (Agence Havas.) Eine Note der Reparationskommission teilt mit: Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission als Abschlagszahlung die Summe von ungefähr 150 Millionen Goldmark teilweise in Gold, teilweise in ausländischen Devisen zur Verfügung gestellt. Die Finanzabteilung der Reparationskommission trifft mit der Kriegslastenkommission die nötigen Vorbereitungen für die Zahlung dieses Betrags.

Nach der Meldung des Moskauer-Büreaus scheint es der deutschen Regierung gelungen zu sein, den angebotenen Betrag von 150 Millionen Goldmark (etwa 1800 Millionen Papiermark) aufzubringen, ohne daß der Goldschlag der Reichsbank empfindlich hätte angegriffen werden müssen, und auch die restlichen 850 Goldmillionen dürften ohne wesentliche Schwächung des Goldbestands der Reichsbank aufgebracht werden können. Man wird angesichts dieser Tatsache das hysterische Geschrei der amtlichen Stellen und der bürgerlichen Presse über die Goldmillardenforderung der Reparationskommission, das den Konflikt mit der Entente im April so unheilvoll verschärft hat, richtig zu würdigen wissen.

Amerikanisches „Interesse“ für die Reparations-schuldheine.

London, 17. Mai. Wie Morningpost aus Washington meldet, herrscht unter den Beamten des Schatzamtes und unter den Bankiers großes Interesse an dem in Aussicht stehenden Verkauf der Reparations-schuldheine in den Vereinigten Staaten. Die Anstalten über die Höhe des Betrags, der in dem kommenden Jahre in Amerika untergebracht werden kann, sind verschieden. Ihr Betrag wird auf 100 bis 200 Millionen Dollar geschätzt.

Die Resolution Angoy wird weiterberaten.

Paris, 17. Mai. Nach einem Kabeltelegramm des New York Herald aus Washington hat der Führer der republikanischen Mehrheit des Repräsentantenhauses Woodrow Wilson nach einer Besprechung mit Harding erklärt, infolge der deutschen Zustimmung zu den Reparationsforderungen der Verbündeten gebe es nach seiner Ansicht keinen Grund mehr, daß das Repräsentantenhaus nicht im regelmäßigen Geschäftsgang über die Friedensresolution beraten könne.

Vergrößerung der Arbeitslosigkeit soll helfen

Zentrumsweltweit über den Achttundentag. Wie hervorragende Zentrumsweltführer über den geschlichen Achttundentag denken, darüber gibt eine Reihe der königlichen Zeitung Ausschluß, die sich mit der Kabinettsbildung im Reich befaßt. Dem rheinischen Blatt zufolge war Ebert auch an den Kölner Oberbürgermeister Adenauer herangetreten, ob er den Reichsanzerposten übernehmen wolle. Adenauer, der dem Zentrum angehört und kirchlich zum Präsidenten des preussischen Staatsrats gewählt worden ist, also innerhalb seiner Partei eine bedeutende Rolle spielt, hatte für die Übernahme des Reichsanzerpostens die Bedingung gestellt, daß der achttündige Arbeitstag mindestens in einem neunhündigen umgewandelt werden müßte. Ohne eine solche Verlängerung der Arbeitszeit werde es kaum möglich sein, den Reichshaushalt in ein Gleichgewicht zu bringen.

Diese Information der königlichen Zeitung begleitet die deutschnationalen Deutsche Zeitung mit der Bemerkung, daß auch ein Neuntundentag noch nicht hinreichend sei.

Und das wird vorgetragen in einer Zeit, wo die Arbeitslosen zu Hunderttausenden auf der Straße liegen und mit Frauen und Kindern verelenden. Herr Adenauer und die Deutsche Zeitung sind offenbar der Meinung, daß diese „Ueberrückigen“ im Leben nichts mehr zu suchen haben!

England und Rußland.

Aus London wird gemeldet: Bei der Verhandlung des Appellationshofes in der Frage, ob die englischen Gerichte verpflichtet sind, Verfügungen der russischen Räteregierung, durch die das Eigentum russischer Untertanen beschlagnahmt wurde, anzuerkennen, wurden mehrere Schreiben des Auswärtigen Amtes vom April 1921 verlesen, die dem Gericht als Beweismaterial vorgelegt wurden. Aus ihnen geht hervor, daß die britische Regierung die Sowjetregierung als de facto-Regierung Rußlands anerkannt hat. Das Gericht war daher der Ansicht, daß es nach diesen Schreiben die russische Räteregierung als souveräne Macht behandeln müsse. — Während Daily News dem Rechtsanspruch zustimmt und darin die Befestigung des letzten Hindernisses für das freie Wirken des auf Grund des Handelsabkommens vorgesehene Handels zwischen England und Rußland erblickt, erklärt Morning Post, Lord Curzon habe sich der Herstellung von Beziehungen gefügt, die die britische Regierung beschleunigen. Die britische Regierung habe verzögert den Handel mit gestohlenen Gütern legalisiert.

Wie deutsche Kapitalisten den Handelsverkehr mit Rußland unmöglich machen.

Wie die Dena berichtet, beabsichtigt die Berliner Sowjetvertretung, in Deutschland für 80 Millionen Zeitungs- und Druckpapiere einzukaufen. Das Syndikat deutscher Papierfabrikanten stellte jedoch unmöglich hohe Preise auf. Wie die Dena erfährt, beabsichtigt die Sowjetvertretung infolgedessen, diesen Auftrag in anderen Ländern zu vergeben. — Der Vorfall zeigt erneut, wie das Profitinteresse deutscher Kapitalisten die Wiederaufnahme des Warenaustauschs mit Rußland unmöglich macht und damit den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erschwert.

Ein russischer Ausschuh für Montanindustrie in Berlin.

Bei der Berliner Sowjetvertretung ist ein Ausschuh für Montanindustrie geschaffen worden, dessen Leitung der kürzlich in Berlin eingetroffene Bergbauingenieur Sulew inne hat. Sulew hat den Auftrag, alle Bestellungen und Einkäufe für die Montanindustrie Sowjetrußlands zu besorgen und die deutschen Fachkreise zur Ausarbeitung von Entwürfen für die Wiederherstellung der russischen Montanindustrie heranzuziehen.

Preßfreiheit im Reich Börlings.

In einer Verordnung, die Präsident Hörsing für die Provinz Sachsen erlassen hat, wird der Druck, die Herausgabe und die Verbreitung von neuen Zeitungen, Zeitschriften usw. ohne vorherige Genehmigung des Oberpräsidenten verboten. Anknüpfend ist dieses Verbot veranlaßt worden durch eine Maßnahme der Halleischen Kommunisten, die am Sonnabend an Stelle ihres noch immer verbotenen Organs „Klassenkampf“ die erste Nummer einer neuen Zeitung „Die Tribüne“ herausgegeben haben.

Neue Gaszisten-Taten.

Aus Crema meldet die Agence Stefani: Am Sonntagabend kam es zwischen Kommunisten aus den Vorstädten und Gaszisten zu einem Feuergefecht. Die Verluste der bewaffneten Nacht, die die Ruhe wieder herstellte, betragen 4 Schwerverletzte und 7 Leichtverletzte. — In Viterbo kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Gaszisten, bei dem 2 Personen getötet und mehrere verletzt wurden. — Nach einer Stefani-Meldung aus Capoterra wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Gaszisten zwei Gaszisten, ein Carabinieri und zwei Kommunisten getötet.

Vom englisch-irischen Kriegsschauplatz.

Aus London wird gemeldet: Sonnabend mitternacht hat ein Sinnfeiner-Feldzug zur Terrorisierung von London begonnen. So wurden in mehreren Stadtteilen eine Anzahl Häuser von Angehörigen Londoner in Irland befindlicher Kollaboranten heimlich. Mehrere Personen wurden durch Schüsse, die Männer mit schwarzen Masken abgaben, verwundet. Im ganzen wurden sechs Bezirke heimgesucht. Seit mehreren Tagen geht das Gerücht, daß eine von Dublin ausgehende Verschwörung einen verbrecherischen Feldzug in London plane. Ähnliche Ueberfälle werden aus Liverpool und Saint Albans gemeldet. Der neue Lord Mayor von Cork, Sir Harry Egan, der in Paris eingetroffen ist, sagte, es sei ganz unrichtig, daß England und Irland auf dem Wege einer Einigung seien. Das irische Volk sei entschlossen, denn ja, sein Ziel durchzusetzen.

Wie Londoner Blätter melden, wurden während der beiden Pfingsttage in Irland 33 Personen getötet. Das bedeutet die Höchstzahl in einem so kurzen Zeitraum.

Harding verhängt das Ständrecht.

Präsident Harding hat ein Protokoll unterzeichnet, durch das für die Kohlengebiete von West-Virginien und Kentucky das Ständrecht verhängt wird. Es kam dort zu Zusammenstößen, bei denen mehrere Personen erschossen wurden.

Von Nah und Fern.

Eisenbahnunglück in Schlefien. Breslau, 17. Mai. (Amit.) Am 18. Mai, nachm. 3 Uhr 45 Min., fuhr Güterzug 7738 zwischen den Stationen Reiflich und Woblaw auf einer auf der Strecke haltenden Kleinwagen auf, wobei die Zugmaschine und zwei Wagen des Zuges 7738 entgleisten; beide Hauptgleise waren gelockert. Verloren wurden nicht verletzt. Die Welt in China. London, 17. Mai (D. A.) Die Eisenbahnerverwaltung der Strecke Shanghai-Nanking hat befohlen, die Bahnhöfe von Tschow, Tschongshou und Waktao völlig zu isolieren, um die Welt zu befämpfen, die in diesen Gegenden zurzeit in erschreckendem Maße wütet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Frenzel in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Bille, Borsdorf-Verlag. Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Witteneckel & Co., Leipzig

Jede Dame liebt
rosig-jugendfrisch Anlitze u. blendend schön Teint. Alles dies erzeugt d. echte
Precherperd-Seife
die beste Lilienmilchseife von Bergmann & Co., Radobul.
Diese Nummer umfasst 10 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Mai.

Parteiangelegenheiten.

Drsverein v. Magwib-Vindenu-Schleisig. Donnerstag, den 16. Mai 1921, Kinderstube auf dem Spielplatz des Naturheilvereins III. Treffpunkt nachmittags 1/2 3 Uhr auf dem Vindenuer Markt.
Kinderstubekommission Westen. Morgen Donnerstag, 1/2 8 Uhr, Sitzung im Gambirius, Odermannstraße.
Drsverein Taucha. Morgen Donnerstag, abends 1/2 8 Uhr, Funktionär-Sitzung im Goldenen Löwen.

Karlus Braunthal, Freitag, den 20. Mai, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Gartenlaal. Gewerkschaftsartell.

Die Wirtschaft im Palmengarten.

Das Zentralblatt für das Deutsche Gastwirtsgewerbe brachte in seiner Nummer vom 12. Mai einen langen Artikel über die Wirtschaft im Leipziger Palmengarten, dem wir folgenden Auszug entnehmen:

Ende September 1920 wurde eine Zwischenbilanz über das ganze Palmengartenunternehmen aufgestellt, die — trotz des bis dahin für die ersten neun Monate des Jahres 1920 festgestellten Gastwirtschaftsüberschusses von 378 000 M. ein buhmähiges Ueberwiegen der Passiven über die Aktiven um etwa 260 000 M. ergab. Das Aktienkapital beträgt nur 200 000 M. Der Aufsichtsrat hat nun der Stadt an, wie den Zoo, so auch den Palmengarten in städtische Verwaltung zu übernehmen und hat bis zur Uebernahme zur Befreiung der dringlichsten Ausgaben um ein weiteres unverzinsliches Darlehen von 200 000 M.

Das war im November 1920, und schon am 15. Dezember beschloßen die Stadtverordneten im Sinne einer Ratsvorlage, für den Palmengarten eine mit etwa 200 000 M. zur Uebernahme der Obligationäre, mit etwa 200 000 M. zur Uebernahme der übrigen Gläubiger und mit 100 000 M. für laufenden Betriebsaufwand zu verwendende Summe von insgesamt 600 000 M. aufzubringen.

Bedingung hierfür war, daß die Aktionäre ihre sämtlichen Rechte aus ihren Aktien auf die Stadt übertragen, wogegen ihnen 10 Jahre lang das Recht des freien Eintritts in den Palmengarten gewährt werden sollte; die Obligationäre sollten sich sämtlich wegen aller Ansprüche aus ihren Obligationen gegen ihre Auszahlung von 25 Prozent des Nennwerts ihrer Obligationen für befriedigt erklären und alle übrigen Gläubiger, soweit sie nicht absondere... oder vorzugsberechtigt waren, sollten auf 25 Prozent ihrer Forderungen verzichten.

Die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Aktionären, Obligationären und sonstigen Gläubigern sind bis heute, nach fast 3 Monaten, noch nicht zum völligen Abschluß gelangt. Die Stadtverordneten hatten aber bei ihrer Zustimmung zu der erwähnten Ratsvorlage noch die weitere Bedingung gestellt, daß dem Herrn Generaldirektor, dem Garteninspektor und dem Wirtschaftsdirektor ihre Stellungen für ein nächstes zulässiges Termin gekündigt würden, damit die Stadt im Augenblicke der Uebernahme freie Verfügung erlange, und der Rat der Stadt war diesem Beschlusse beigetreten.

Diese Kündigung ist auch am Stillschweben durch den selbstverordneten Vorsitzenden des Aufsichtsrats ausgesprochen, und später nachträglich vom Aufsichtsrat genehmigt worden. Der auf diese Weise mit gekündigte Herr Generaldirektor (der ehemalige Leiter der städtischen Milchverteilungsstelle und gewesener Stadtrat Böhmke) hatte jedoch keine Lust, auf seinen bisher schon erworbenen Ueberbeeren auszurufen. Er arbeitete systematisch darauf hin, daß der für Ende März, mit gekündigter Wirtschaftsdirektor vordringlich seine Stellung aufgibt. Seine Funktionen aber übernahm Herr Adolf Böhmke. Dem, wenn der Herr ein Amt gibt, dem gibt er auch den dazu erforderlichen Bestand. Und die Zwangsbewirtschaftung, die für die Gastwirte manche Schwierigkeit bot, ist ja gelodert und zum Teil ganz beseitigt.

Sehr bald hat sich auch eine günstige Gelegenheit, seine Befähigung zu beweisen. Wenige Tage vor dem 31. März erbat er in einer der nicht gerade häufigen Aufsichtsratsitzungen an, daß er aus seinem Vorstandsamte auszuscheiden werde, wenn der Aufsichtsrat nicht anders beschließt. Der Erfolg war, daß dem Herrn Generaldirektor das Gehalt auf 24 000 M. rückwirkend vom 1. Januar 1921 an erhöht wurde. In unmittelbarem Anschluß an diese Aufsichtsratsitzung legte dann der neue Wirtschaftsdirektor sofort den Beweis seiner Befähigung ab. Eins der Schweine, die sein Vorgänger gezogen, hatte sehr bald nach Einführung der neuen Bewirtschaftung sein Leben lassen müssen, und den Herren Aufsichtsräten wurde nach getaner Arbeit eine Kostprobe geboten. Alles war tadelloß, und befriedigt zogen die Aufsichtsräte von dannen. Beschwingen blieb ihnen aber, daß der neue Direktor, der sich eines neuen Kontrollsystems rühmt, die sterblichen Ueberreste des Schweines zu einem besträubten Mehlzer nach — Probstheide — hatte transportieren lassen, wo das Schlachtfest vor sich ging. Die Kontrolle übernahm dabei der neue Direktor in höchst eigener Person, und es darf deshalb nicht entzogen werden, daß alles, was vom Schlachtfest übrig blieb, den Weg nach dem Palmengarten wieder gefunden hat. Jedenfalls muß sich diese neue Schlachtmethode durchaus bewährt haben, denn Anfang Mai sah man auch das zweite der von dem früheren Wirtschaftsdirektor aufgezogenen Schweine in Probstheide verarbeiten.

War mancher Leiter festlicher Veranstaltungen hält es für geraten, für duldame Nachsicht zu wirken, selbst unter Uebernahme der fällig werdenden Postkassette. Die unteren Polizeiorgane, die bei ihrer Kontrolle nur pflichtgemäß die ihnen amtlich gewordenen Aufträge erfüllen, werden bei ihrem Erscheinen als unangebetene Gäste angesehen, zuweilen aber immerhin als Gäste, denen wohl auch dann und wann einmal eine kleine Bewirtung angeboten wird. So soll es wohl auch im Palmengarten vorgekommen sein, daß den Polizisten von Festteilnehmern ein kleiner Imbiß oder ein Glaschen in der Zeit angeboten wurde, während der verantwortliche Festleiter aufgeführt wurde, damit er zur Namensfeststellung und wegen Ueberlieferung der Postkassette zur Bestrafung mit der üblichen Polizeistrafe gebracht werden konnte. Der neue Wirtschaftsdirektor aber liebt es offenbar als anerkannter Stadtrat, seine strenge Achtung vor dem Gesetz zu betonen, denn wohl nur aus diesem Grunde hat er — man höre! — gegen seinen Vorgänger bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Beamtenbeschuldigung erstattet, die nicht nur zu einer hochnotpeinlichen Untersuchung unter den Beamten der zuständigen Polizeiwache geführt, sondern auch unter den Vereinsleitern allerlei Bedenken gegen die Aufrechterhaltung ihrer Geschäftsverbindungen mit dem Palmengarten wachgerufen hat.

Es ist geradezu wunderbar, wie sich Herr Adolf Böhmke jetzt nach der Kriegszeit mit ihrer Zwangsbewirtschaftung, in der Rolle eines fanatischen Geschwärtzers gefaßt. Einmal hörte man es anders! Als einst eine hohe amtliche Leipziger Persönlichkeit sich wegen Kollision mit den Zwangsbewirtschaftsvorschriften ahnungslos hinter schwedischen Gardinen beim Stat sitzen sah, da war dem Leiter der Leipziger Milchbewirtschaftungsstelle die Rolle des viernten Mannes zugebracht. Na, damals handelte es sich um gewisse öffentliche Interessen. Weniger harmlos war es schon, als der Herr Generaldirektor des Palmengartens auf eigene Faust an das Fällen überstündiger alter Bäume und ihre Verwendung ging, die der Stadt gehörten, bis er eins auf den Kopf kriegte. Interessant sind auch einige nichtliche Britetis, Aletis und Zudersgeschichten, doch Schwanen drüber.

Da die Leipziger Steuerzahler einen großen Teil der Kosten für die Defizitwirtschaft im Palmengarten aufzubringen haben, dürfte es an der Zeit sein, daß sich die Stadtverwaltung einmal etwas eingehender mit dem Palmengarten beschäftigt.

Wie kann die Stadt den Krüppeln helfen?

Das preußische Krüppelfürsorgegesetz rechnet in seinen Ausführungsbestimmungen auf 1000 Einwohner einen Krüppel. Der Kreis- und Stadtarzt Dr. Rehberg in Tilsit hat im Stadtkreise Tilsit mit rund 50 000 Einwohnern 102 Krüppel festgestellt, also die doppelte Zahl der im Krüppelgesetz vermuteten Krüppel. Das zeigt uns, wie wichtig die Krüppelfürsorge ist. Deshalb wurde auch wiederholt von Vertretern der medizinischen Wissenschaft die Anstellung eines besonderen orthopädischen Schularztes verlangt. Und wenn diese Forderung auch von andern wie von Lorenz in der Wiener medizinischen Wochenschrift abgelehnt wurde, so wurde doch auch von diesem die gründliche Kenntnis orthopädischer Fragen als Voraussetzung zu einem gründlichen schulärztlichen Wirken anerkannt.

Die Feststellungen des Tilsiter Kreisarztes, über die dieser in der Zeitschrift für Medizinbeamte berichtet, bestätigen die Notwendigkeit einer gründlichen ärztlichen Fürsorge im Krüppelwesen. In fast der Hälfte der Fälle war mangelhafte Fürsorge für das Entstehen oder den Grad des Gebrechens anzusehen. Und unter diesen Fällen wieder war bei der Hälfte die Ursache: Nachlässigkeit der Eltern, und bei der andern Hälfte: ungenügende ärztliche Behandlung. Es genügt nicht, Arzt zu sein, sondern der Arzt muß zum mindesten auch gute orthopädische Kenntnisse besitzen.

Und dann wird noch eins von Dr. Rehberg betont. Nur dann ist das Krüppelwesen voll zu erfassen, wenn ein richtig organisiertes Fürsorgeamt alle, auch die ländlichen Bezirke, umspannt und hauptamtlich tätige Fürsorgereinen den wichtigsten Alterskreisen rechtzeitig ermittelt. Und dieser Alterskreis ist der des Kleinkindes. In Tilsit traten die Krüppelkinder bis zum vierten Lebensjahre in fast 84 Prozent der Fälle zutage. Fast neun Zehntel aller Krüppel, die in einem städtischen Gemeinwesen unterlucht wurden, waren im Kleinkindesalter fürsorgebedürftig geworden. Darum muß sich die Fürsorge vor allem auf die Kleinkinder erstrecken, und zwar durch Ärzte mit orthopädischen Kenntnissen und orthopädischem Bilde.

Was eine betriebsmäßige Fürsorge zu bedeuten hat, das ist vom Stadtarzt Dr. Rehberg ebenfalls statistisch festgestellt worden. Die Erwerbsbeschränkung durch das Krüppeltum betrug in den zur Vorschau vorliegenden Fällen 35,9 Prozent. Durch rechtzeitiges Eingreifen hätte sie auf 8,9 Prozent herabgemindert werden können! Diese Feststellungen beweisen, ein wie großes Interesse vor allem das proletarische Volk an einem genügenden Ausbau der Krüppelfürsorge hat. Aber auch in einer weiteren Feststellung kommt dieses proletarische Interesse zum Ausdruck. Die Tilsiter Feststellungen haben bewiesen, daß, auch wenn die Krüppelfürsorge nicht zur rechten Zeit einsetzte, doch jetzt noch eine Herabsetzung der Erwerbsbeschränkung von 35,9 auf 10,8 Prozent erfolgen kann. Es ist die Pflicht der Kommunen, Zustände, die in der Weise in die Existenzhaltung des Menschen eingreifen, zu bessern.

Unsere Milchversorgung.

Nach den Angaben aus 48 Großstädten Deutschlands sind dort 200 633 Kinder tuberkulös, 835 973 Kinder krank und stark unterernährt, insgesamt 1 038 606 Hilfsbedürftige. Allein in diesen 48 Städten. Und wenn auch die Tuberkulosesterblichkeit unter den Erwachsenen inzwischen etwas abgenommen hat, so ist die Erkrankungsrate an Tuberkulose trotzdem weiter gestiegen. Das zeigt uns, wie überaus notwendig es ist, daß für unsere Kinder, Kranke und Greise für das wichtigste Nahrungsmittel gesorgt wird: die Milch.

In dem Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 25. Mai 1917 wurden im allgemeinen folgende Milchmengen als ausreichend angesehen: für Säuglinge und Kinder im 2. Lebensjahre 1/2 Liter täglich, für Kinder von 3—6 Jahren 1/2, für werdende Mütter 1/2, für stillende Mütter 1, für Kranke (durchschnittlich 2 Pro. der Bevölkerung) 1 Liter täglich. Statt dessen wurden von diesen nicht reichlichen Milchmengen im Februar 1919 nur ausgedient in Essen 38 Pro., in Duisburg 33 Pro., in Hamburg 21 Pro., in Düsseldorf 18 Pro. In den ober-schlesischen Industriestädten war gar nur 9 Pro. dieses Bedarfs gedeckt. Im Durchschnitt wird in Deutschland nach einer Denkschrift des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt an das Staatsministerium vom November 1920 höchstens noch ein Drittel der Milchmenge erzeugt, die nach früheren Erfahrungen für die allgemeine Volksernährung erforderlich ist und zwar selbst dann erforderlich ist, wenn die übrigen wichtigen Lebensmittel in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

Hier kommt so recht der Jammer der privaten Profitwirtschaft zum Vorschein. Es wird nicht das erzeugt, was für die Ernährung der Bevölkerung am wichtigsten ist, sondern was am meisten Geld bringt. Und daran wird festgehalten, auch wenn dabei weite Schichten der Bevölkerung zu Grunde gehen. Und diese Wirtschaft wird verteidigt von allen bürgerlichen Parteien, von allen bürgerlichen Zeitungen, denn es sind ja „nur“ die Besitzlosen, die unter ihr leiden und verkommen. Durch die Lockerung der Zwangswirtschaft wird übrigens die Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Milch noch verschlechtert. Außerdem wird die Milch noch teurer, so daß zahlreiche Familien nicht einmal das geringe Quantum Milch kaufen können, das ihnen zusteht.

Hohe Wohnungsmieten in Leipzig.

Die Volksliche Zeitung veröffentlichte kürzlich das Ergebnis einer Umfrage über die Zuschläge zu den Mietpreisen, die in den Großstädten erhoben werden. Meist sind die Zuschläge auf 20 bis 40 Prozent bemessen. In Preußen ist der Mieterstand im allgemeinen besser gewesen, als in den anderen deutschen Staaten, wo die Zuschläge mitunter höher sind. Auch in Sachen sind den Grundbesitzern größere Konzessionen gemacht worden, als in Preußen. Wie hoch die Wohnungsmieten sind, zeigen nachstehende Angaben: Drei Zimmer und Küche kosteten in Berlin im Januar 1921 im Durchschnitt im Monat 51 M., in Köln 55 M., in München 58 M., in Leipzig und Frankfurt a. M. 60 M., in Berlin-Wilmersdorf 70 M. Eine Drei-Zimmerwohnung kostete in Berlin 77 M., in Hamburg 66 M., in Köln 80 M., in München 75 M., und in Leipzig 85 M. Leipzig ist also eine der Städte, in der die Wohnungsmieten besonders hoch sind. Das ist vor allem auf das große Entgegenkommen des Mietvereinsamtes an die Hauswirte zurückzuführen. Dabei hat Leipzig zum Teil noch sehr rückständige Wohnungsverhältnisse, dank der einstigen Beherrschung des Rathauses durch die Hausbesitzerclique.

Bundestag des Deutschen Arbeiterstenographenbundes „System Arends“.

Der 11. Bundestag des Deutschen Arbeiterstenographenbundes tagte am 15. und 16. Mai im „Volkshaus“ zu Leipzig, dem Vertreter aus allen Teilen Deutschlands beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Landtagsabgeordneter Richter aus Lahr (Baden) eröffnete den Bundestag mit einem Hinweis auf die vor 25 Jahren unter volkstümlicher Aufsicht in Frankfurt am Main erfolgte Gründung des Bundes. Er hob hervor, daß der Arbeiterstenographenbund im Laufe dieser Zeit innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung wertvolle Kulturarbeit geleistet hat. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Bund die größte Arbeiterstenographenorganisation in Deutschland ist. Die Zahl der Mitglieder ist nach dem Krieges bedeutend gestiegen. Unterrichtet wurden seit dem letzten Bundestag 12 000 Teilnehmer. Das Bundesorgan, Der Arbeiterstenograph, hatte, wie alle anderen Zeitungen, unter dem teuren Papier- und

Druckpreisen zu leiden, sein monatliches Erscheinen ist nunmehr wieder gesichert. Die Gau- und Ortsvertreter führten lebhaftes Interesse über die von den einzelnen Stadtverwaltungen erhobenen Kosten für Schulzimmer. Der Bundestag fordert den sozialistischen Parteiprogramm entsprechend, daß die sozialistischen Kommunalvertreter energisch bei den betreffenden Gemeindeverwaltungen für die unentgeltliche Bereitstellung der Schulräume für die Bundesarbeitenbestrebungen umires Bundes eintreten. Zur Frage der interimsalen Bestrebungen faßte der Bundestag folgende Entschlußung: Der 11. Bundestag des deutschen Arbeiterstenographenbundes begrüßt die Bestrebungen der Arbeiterstenographen aller Richtungen, welche in friedlicher Mitarbeit die Vertiefung der Kurzschrift für die Arbeiterbewegung fördern, und die Einführung der modernen Kurzschrift als ersten Vorhaben an Stelle der gemöhnlichen veralteten Schreibschrift in den Volksschulen zum Ziele haben. Der deutsche Arbeiterstenographenbund ist bereit, mit den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiterstenographen-Organisationen zum Zwecke der Bestätigung und näherer Zusammenarbeit in Fühlung zu treten.

Ueber die neuerlichen Verhandlungen im Reichsamte des Innern zur Schaffung einer deutschen Reichsstenographenorganisation, berichteten die Vertreter des Bundes, Krutz, Berlin und Ladenlad, Ebenhausen bei Ingolstadt. Sie kennzeichneten die vom ehtbürgerlichen Geist getragene Stellung der bürgerlichen Stenographenvereine, denen die Schaffung einer Volksschrift vollständig fremd ist. Die Stellung des Bundesorgans wurde in folgender Erklärung niedergelegt: „Der 11. Bundestag des Deutschen Arbeiterstenographenbundes nimmt Kenntnis von den Verhandlungen, die am 9. April 1921 im Reichsamte des Innern stattgefunden haben. Er erklärt sich einverstanden mit der Stellungnahme unserer dortigen Vertreter, auch weiterhin dahin zu wirken, daß die Volksschrift in die Volksschulen eingeführt werden soll und zwar auf der Grundlage der hochhäßlichen Schreibung unter Fortlassung sämtlicher Kürzungen als Volksschrift. Nur eine solche Schrift ist für das gesamte Volk und die Volksschulen zu begründen. Der 11. Bundestag des Deutschen Arbeiterstenographenbundes hat die Ueberzeugung, daß von allen bestehenden Stenographenvereinen die deutsche Volksschrift, die der Deutsche Arbeiterstenographenbund vertritt, die diesem Ziele am besten entspricht. Das Muster einer solchen ist in der illustrierten Stenographischen Zeitschrift, die der Arbeiterstenographenbund und wird für dieses Ziel nach wie vor seine ganze Kraft einbringen, um der deutschen Arbeiterbewegung das Beste zu bewährleisten, das auf stenographischem Gebiete bisher erreicht worden ist.“

Zum Bundesvorsitzenden wurde Landtagsabgeordneter Richter, der seit 25 Jahren der getragene Leiter des Bundes ist, einstimmig wiedergewählt. Zum Stg der Prekommission wurde wieder Berlin bestimmt. Die Kontrolle des britisches Unterrichts wurde an Louis Flach, Frankfurt a. M., Bitterstraße, übertragen. Ueber die Ziele des Arbeiterstenographenbundes referierte Genosse Lodenlad-Ebenhausen. Der außerordentliche lehrreiche Vortrag soll auf allgemeinem Wunsch im Druck erscheinen. Der Bundestag wird in der Geschichte der Arbeiterstenographenbewegung einen bleibenden Markstein bilden.

Beim Baden ertrunken. Den Angehörigen des Parteigenossen B. Altmann in L. Böls, Friederikenstr. 29, wurde am 1. Feiertage ein schmerzlicher Verlust zuteil. Der 17-jährige Sohn Otto, der in Regis als Maler in der Leiche land, weilte auf Besuch im Elternhause. Mit einem anderen Bruder zusammen gingen sie am 1. Feiertage nachmittags gegen 3 Uhr nach dem Döllner Wehr, um zu baden. Der 17-jährige Sohn kam dabei dem Strudel zu nahe und wurde von ihm ergriff. Obwohl in seiner Nähe eine Anzahl Personen standen, eilte niemand zur Rettung dieses jungen Menschenlebens herbei. Später wurden zwei Fischer herbeigeholt, die mit dem Kahn das Wasser abhäuhten. Sie konnten den jungen Mann erst gegen 1/2 8 Uhr als Leiche bergen. Der unglückliche Vater, der zum Unglücksort mit herbeigekifft war, brachte seinen Sohn als Toten auf einem Wagen nach dem Südfriedhof.

Die schweren Genakfälle in der vierten Wagenklasse. Die Eisenbahn-Generaldirektion schreibt uns: Es scheint die Meinung verbreitet zu sein, daß in die vierte Wagenklasse auch Gegenstände mitgenommen werden dürfen, die wegen ihres Gewichts von zwei Personen getragen werden müssen, z. B. Reisekörbe, große Koffer usw. Nach den einschlägigen Vorschriften werden aber nur solche Traglasten zugelassen, die ein einzelner Träger in längerer Zeit allein zu tragen vermag. Als Höchstgewicht werden 50 Kilogramm zugelassen. Schwerere Gegenstände dürfen nicht mit in die 4. Klasse genommen werden; selbst dann nicht, wenn es sich um Gepäck gemeinschaftlich reisender Personen handelt, von denen jede eine Fahrkarte gelöst hat. Wer hiergegen verstoßt, leidet sich Unannehmlichkeiten aus.

Das Land mit dem größten Postverkehr ist auch nach dem Kriege Deutschland geblieben. Nach einer amtlichen deutschen Uebersicht über den Postverkehr der hauptsächlichsten Länder Europas im Kalenderjahr 1919 hatte Deutschland 8,3 Milliarden Sendungen. Dann erst kommt Großbritannien mit 6,4 Milliarden, im Jahre 1913/14. Rußland hatte 3,8 Milliarden 1915, Frankreich 3,4 Milliarden 1913, Italien 2,9 Milliarden 1917/18 usw. Das Land mit dem lebhaftesten Postverkehr ist dagegen die Schweiz. Dort kommen auf den Einwohner 192 Postsendungen. Es folgt Dänemark mit 155, Luxemburg 148,7, das Deutsche Reich 134,2, Norwegen 130,2 die Niederlande mit 120,5, Schweden 108,5, Belgien 99, Finnland 57, Jugoslawien 15,3, Polen 6,7.

Streifenbahn. Wegen Gleisverneuerungsarbeiten und Veränderungen in der Gleisanlage machen sich vom Mittwoch, den 18. d. M. an folgende Umlenklungen notwendig: Die Wagen der Linien 10, 15 und 20 werden in beiden Richtungen über den Georgiring geleitet. Die Wagen der Linie 8 fahren vom Alten Theater aus über Hauptbahnhof—Georgiring. Die Linie 21 erhalt ihren Endpunkt am Augustusplatz. Die Wagen der Linie 6 verkehren in der Richtung nach Gohlis über Grimmlischen Steinweg—Georgiring—Hauptbahnhof—Blücherplatz—Richard-Wagner-Strasse—Georgiringstraße und in der Richtung nach Stötteritz über Reichsstraße—Richard-Wagner-Strasse—Hauptbahnhof—Georgiring—Grimmlischen Steinweg.

Glücklingselend. Der Ausgang des Krieges hat auch die Wohnungsnot in Deutschland außerordentlich verschärft. Hunderttausende Familien sind aus dem belebten Osten und Westen nach dem inneren Deutschland geflüchtet, abgeschoben worden, oder sie mußten aus irgendwelchem Grunde die Heimat verlassen. In Leipzig hat sich, wie man uns schreibt, zur Unterbringung der Flüchtlinge, der Ausgewiesenen, insbesondere aber zur Erhaltung der Kinder am Rhein beim Reichsamt ein „Hilfsausstuf für Rheinländer“ gebildet, dessen Geschäftsstelle sich Promenenstraße 22 (Telephon 924) befindet.

Eröffnung des Depostis- und Kontokorrent-Verkehrs bei der Sparkasse der Stadt Leipzig. Nachdem die ministerielle Genehmigung erteilt worden ist, wird die Sparkasse am 1. Juni den Scheck- und Kontokorrent-Verkehr aufnehmen und an diesem Tage ihre Scheckabteilung im Stadthaule (Eingang Burgplatz) eröffnen. Die Sparkasse nimmt auf Scheckkonten Beträge in jeder Höhe an, über die bargeldlos verfügt werden kann. Die nähere Bekanntmachung erfolgt in den nächsten Tagen.

Die umfangreiche Kartenausstellung in der Deutschen Biiherei, die aus Anlaß des 20. Deutschen Geographentages veranstaltet worden ist, wird nur Freitag und Sonnabend, 20. und 21. Mai, für das Publikum geöffnet sein, und zwar werden an diesen beiden Tagen geschlossene Führungen um 9, 11, 1 und 3 Uhr durch sämtliche Abteilungen der Ausstellung stattfinden. Der Eintritt ist kostenlos.

Erwerbslose. Alle Arbeitslosen, die infolge 20 Wochen-Fall keine Unterstüttung mehr erhalten, haben sich umgehend beim Arbeitslozentrat, Gerberstraße 3, Zimmer 4, zu melden.

Arbeiter-Speranto-Bund, Gruppe Leipzig. Am Freitag, dem 20. Mai, abends 1/2 8 Uhr, beginnt ein Uebungsabend für Fortgeschrittene und Perfekte in W. G. a. R. Restaurant Wilhelmshöhe, Schloßstraße 10. Am 19. und 26. Mai Diskussionsabende im Volkshaus.

Die Verordnung über die Sammlung, Ubfuhr und Verwertung der Schweizer und Aüdenabfälle vom 29. Juli 1916 in Verbindung mit den Ausführungsbestimmungen vom 10. Januar 1919 wird mit Wirkung ab 30. Juni 1921 aufgehoben.

Verkauf bei der Freihan. Donnerstag: Freiban I Nr. 11251 bis 11260; Freiban II Nr. 791 bis 1290.

Sunger

Roman von Arnt Haujan.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Maria von Borck.

Jetzt bemächtigte sich meiner eine glühende, brutale Wut. Ich holte mein Paket aus dem Torweg, bis die Zähne zusammen...

Ich ging schnell, immer schneller, kehrte plötzlich links um und geriet erhöht und zornig in eine hellerleuchtete, schön dekorierte Einfahrt.

Eine junge Dame in grauem Kleide mit schwarzem Belag öffnete die Tür; sie sah mich einen kurzen Moment erstaunt an, dann schüttelte sie den Kopf und sagte: „Nein, heute haben wir nichts.“

„Weshalb hatte ich mich denn auch auf so etwas mit dieser Person eingelassen? Sie hielt mich ohne weiteres für einen Bettler, und plötzlich wurde ich kalt und ruhig.“

„Verzeihen Sie, Fräulein, doch ich so heftig geküßelt habe, aber ich kannte die Glocke nicht. Hier soll ein kranker Herr wohnen, der wegen eines Mannes annonciert hat, der seinen Kosthuhf fahren soll.“

Sie stand einen Augenblick und ließ sich diese lägenhafte Erklärung durch den Kopf gehen; ihre Ansicht über meine Person lächelte erschütterter.

„Nein,“ sagte sie endlich, „nein, hier wohnt kein kranker Herr.“ „Acht? Ein alter Herr? Zwei Stunden täglich zu fahren, die Stunde 40 Dere?“

„Nein.“ „Dann bitte ich nochmals um Entschuldigung,“ sagte ich, „es ist vielleicht in der ersten Etage. Ich wollte bei Gelegenheit nur einen Mann empfehlen, den ich kenne, und für den ich mich interessiere, mein Name ist Wedel-Jarlsberg.“

Meine Ruhe war, zurückgekehrt, und mein Kopf war klar. Die Worte der Dame, daß sie mir heute nichts geben könne, hatten auf mich gewirkt, wie ein Sturzbad.

In der Märrergade blieb ich vor einer Wirtschaft stehen und sog den frischen Duft von Fleisch ein, das drinnen gebraten wurde; ich hatte die Hand schon auf der Klinge und wollte ohne weiteres hineingehen, aber ich besann mich noch zu rechter Zeit und ging.

„Nein,“ sagte sie endlich, „nein, hier wohnt kein kranker Herr.“ „Acht? Ein alter Herr? Zwei Stunden täglich zu fahren, die Stunde 40 Dere?“

„Nein.“ „Dann bitte ich nochmals um Entschuldigung,“ sagte ich, „es ist vielleicht in der ersten Etage. Ich wollte bei Gelegenheit nur einen Mann empfehlen, den ich kenne, und für den ich mich interessiere, mein Name ist Wedel-Jarlsberg.“

Meine Ruhe war, zurückgekehrt, und mein Kopf war klar. Die Worte der Dame, daß sie mir heute nichts geben könne, hatten auf mich gewirkt, wie ein Sturzbad.

In der Märrergade blieb ich vor einer Wirtschaft stehen und sog den frischen Duft von Fleisch ein, das drinnen gebraten wurde; ich hatte die Hand schon auf der Klinge und wollte ohne weiteres hineingehen, aber ich besann mich noch zu rechter Zeit und ging.

„Nein,“ sagte sie endlich, „nein, hier wohnt kein kranker Herr.“ „Acht? Ein alter Herr? Zwei Stunden täglich zu fahren, die Stunde 40 Dere?“

„Nein.“ „Dann bitte ich nochmals um Entschuldigung,“ sagte ich, „es ist vielleicht in der ersten Etage. Ich wollte bei Gelegenheit nur einen Mann empfehlen, den ich kenne, und für den ich mich interessiere, mein Name ist Wedel-Jarlsberg.“

Meine Ruhe war, zurückgekehrt, und mein Kopf war klar. Die Worte der Dame, daß sie mir heute nichts geben könne, hatten auf mich gewirkt, wie ein Sturzbad.

In der Märrergade blieb ich vor einer Wirtschaft stehen und sog den frischen Duft von Fleisch ein, das drinnen gebraten wurde; ich hatte die Hand schon auf der Klinge und wollte ohne weiteres hineingehen, aber ich besann mich noch zu rechter Zeit und ging.

„Nein,“ sagte sie endlich, „nein, hier wohnt kein kranker Herr.“ „Acht? Ein alter Herr? Zwei Stunden täglich zu fahren, die Stunde 40 Dere?“

„Nein.“ „Dann bitte ich nochmals um Entschuldigung,“ sagte ich, „es ist vielleicht in der ersten Etage. Ich wollte bei Gelegenheit nur einen Mann empfehlen, den ich kenne, und für den ich mich interessiere, mein Name ist Wedel-Jarlsberg.“

ging zur Reige. War es aber nicht vielleicht zu gering, mit sechs Parkierbilletts zu einem jungen Menschen zu kommen, der in einer Bank angestellt war? Er hatte vielleicht zwei gepfropfte volle Barbierbücher in der Tasche, viel reiner und feinere Biletts als meine.

(Fortsetzung folgt.)

Bücherschau.

Dr. med. D. Burwikel, Die Gicht, ihre Ursachen und Bekämpfung. Verlag der ärztlichen Rundschau Otto Gmelin, München. Preis 4.50 M.

Das Jahrtausende alte Leiden der Menschen, das sich hauptsächlich in Zeiten überhandnehmender „Ueberkultur“ mit dem davon unzertrennlichen unsinnigen Luxus der Lebenshaltung in weite Kreise der Bevölkerung ausbreitete...

Geistesheilung. Von Dr. Paul Engelen. Verlag der ärztlichen Rundschau Otto Gmelin, München. Preis 7.50 M.

Nach dem Leitfaden: „Mein Körper ist derjenige Teil der Welt, den meine Gedanken verändern können. Im ganzen übrigen Welt können meine Hypothesen die Ordnung der Dinge nicht stören.“

Kleine Chronik.

Neues Theater. In Vorhings Wassenhmed sang Rudolf Bodekmann zum erstenmal die Rolle des Grafen Liebenau. Die Stimme des neuen Tenors ist von ansprechendem, welchem Klang und gut beherrscht.

Kleines Theater (F i a m m e). Ob eine spätere Zeit einmal als charakteristisches Merkmal der Kultur unserer Epoche die Rolle vermerkt wird, die die Dirne in der Literatur spielt? Sie würde wohl recht daran tun, diese Erscheinung als ein Symptom des Verfalls zu sehen.

Prof. Josef Penzaur, der bekanntlich Leipzig demnach verläßt, hat seine Mitwirkung an dem am 23. Mai in der Albertshalle stattfindenden Konzert der Geraer Hofkapelle zum Besten der Vollendung des Richard-Wagner-Denkmal von Max Klinger zugesagt.

und ihre Sinne durften läßt. Das hält sie nicht aus, erleidet einen Mißfall und springt, als sie dann verstanden wird, zum Fenster hinaus.

Die Mischung wurde erträglich durch das virtuose Spiel des Roland, die aus der Paraderolle einen lebenden Menschen zu machen wußte. Müller hat eine schwierige Aufgabe gestellt, denn die Puppe, die er konstruiert hat, leidet an allerlei Unmöglichkeiten.

Konzerte. Geza von Arco und Nora Drewett von Arco gaben einen hervorragenden Sonaten-Abend. Im Mittelpunkt stand die Wiedergabe von Max Regers A-Dur-Violinsonate, die eine kaum noch zu überragende Vollendung erreichte.

Städtische Theater. Am Donnerstag, dem 19. Mai, findet die 25. Vorstellung der Oper Mona Lisa von Max Schillings statt. Die in allen bisherigen Aufführungen werden die drei Hauptpartien wieder von Mine Sanden, Hans Nigmann und Ernst Polsony gesungen.

Schauspielhaus. Infolge von Erkrankungen geht am Donnerstag statt Faust Rosenmontag in Szene. Am nächsten Sonntag wird im Schauspielhaus das alte Moserische Lustspiel: Das Stiftungsfest in einer Neuaufstellung herausgebracht.

Königlicher Ehren doktor. Der gewesene preussische Kultusminister Konrad Hanisch ist von der Universität Frankfurt a. M. wegen der Verdienste, die er sich durch die Förderung der Sozialwissenschaften erworben hat, in seiner Eigenschaft als Kultusminister zum Ehren doktor ernannt worden.

Eingelaufene Schriften. Walter Lange: Richard Wagner und seine Vaterstadt Leipzig. C. F. W. Siegel's Musikalienhandlung (R. Linnemann) Leipzig.

Frank Werfel: Spielhof. Phantastik. Kurt Wolff Verlag, München. Geb. 12 M., geb. 18 M.

Prof. Josef Penzaur, der bekanntlich Leipzig demnach verläßt, hat seine Mitwirkung an dem am 23. Mai in der Albertshalle stattfindenden Konzert der Geraer Hofkapelle zum Besten der Vollendung des Richard-Wagner-Denkmal von Max Klinger zugesagt.

Prof. Josef Penzaur, der bekanntlich Leipzig demnach verläßt, hat seine Mitwirkung an dem am 23. Mai in der Albertshalle stattfindenden Konzert der Geraer Hofkapelle zum Besten der Vollendung des Richard-Wagner-Denkmal von Max Klinger zugesagt.

Der Landesparteitag der USP. Bayerns.

München, 16. Mai.

Am 14. Mai, nachmittags 3 Uhr, wurde der zweite Landesparteitag der USP. Bayerns im festlich geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses in München vom Genossen Simon Münchberg eröffnet. Genosse Herkel, der Vorsitzende der Münchener Organisation, hieß die Delegierten und Gäste willkommen und ließ seine Ansprache in dem Gedanken auslingen: Der Verlauf der Revolution hat gezeigt, daß die Stärke oder Schwäche einer Partei die Stärke oder Schwäche der Revolution bedeutet. Der von Genossen Unterleiner erstattete Geschäftsbericht des Landesvorstandes zeigte, daß die durch die Spaltung geschlagenen Verbände organisatorisch bereits zum Teil überwunden sind. Die Partei zählt jetzt in Bayern 21 000 Mitglieder und befindet sich in erfreulicher Aufwärtsbewegung. Genosse Garais gab den Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion, die im Jahre 1920 mit 20 Mandaten im Bayerische Parlament einzog, durch die Parteispaltung aber 5 Mandate an die Kommunisten verlor. Genosse Niesch befindet sich noch in Festungshaft, so daß die Fraktion tatsächlich nur über 14 von 168 Sitzen verfügt. Durch diese zahlenmäßige Schwäche war ihre Tätigkeit wesentlich erschwert und sie konnte deshalb nicht viel Entscheidungen herbeiführen, aber aufrüttelnd hat sie doch gewirkt durch Entlassung der Konterrevolution und durch zähes Festhalten an den sozialistischen und revolutionären Grundansatzungen. Nach einer sehr regen Debatte erstattete Genosse Winter ein Referat über die politische Lage, wobei er besonders eingehend über die Frage des Ultimatum und aus seiner Annahme sich ergebenden Folgerungen sprach. Auf's schärfste geißelte er das verbrecherische Spiel der bayerischen Regierung, die durch ihre Einwohnerverschöpfung immer wieder neue inner- und außenpolitische Gefahren heraufbeschwöre. Während sie um die Beibehaltung der Einwohnerwehren bei Frankreich bestrebt, rüstet sie stiefhastlich für Oberdeutschland. Ein Teil der Zeitfreiwiligen ist bereits in Zwangsleistung nach dort geschickt worden und täglich werden von einem Verbureau in München 200-300 Reute angeworben und am Arbeitsamt werden den Arbeitlosen 60 Mk. pro Tag geboten, wenn sie die Expedition mitmachen. Sogar häßliche Beamte werden nach einem Rundschreiben der Beamtenkammer in diese Freischützerverbände einberufen und sollen für die Zeit ihres "Wirkens" in Oberdeutschland ihr Gehalt fortbezogen. Dielem Treiben muß die deutsche Regierung im Interesse des deutschen Volkes mit aller Energie entgegenzutreten. Die Entwicklung der letzten Monate und Wochen hat gezeigt, daß in Deutschland die Entscheidung darüber herannahet, ob eine rein kapitalistische oder eine rein sozialistische Regierung die Geschicke des deutschen Volkes leiten soll. Die bayerische konterrevolutionäre Regierung ist das schwerste Hindernis für ein offenes Spiel mit der Entente. Ihr stehen die Einwohnerwehren höher als die Interessen des deutschen Volkes. Darum weg mit ihr! Den politischen Höhepunkt des Parteitages bildete die Annahme folgender Kundgebung, die mit stürmischem Beifall und handeltatschen einstimmig angenommen wurde:

Der Landesparteitag der USP. Bayerns stellt fest, daß die reaktionären Parteien in Bayern die Hauptverantwortung für die Lage tragen, in die das deutsche Volk durch die ultimativen Forderungen der Entente geraten ist. Durch ihren fortgesetzten Widerstand in der Entwaffnungsfrage haben sie die Voraussetzungen für eine ehrlche Auseinandersetzung mit der Entente untergraben. Es haben der Sinnesspartei in der Regierung ermöglicht, ein verbrecherisches Spiel mit dem Schicksal des deutschen Volkes zu treiben. Durch ewige, absichtliche und unabsichtliche Verschleppungsmanöver der bürgerlichen Regierung Fehrenbacher-Simon ist das Ultimatum der Entente mit seinen schweren Folgen für die Lebenslage des deutschen Volkes direkt propagiert worden. Die SPD. trägt mit der Verantwortung für den Bankrott der bürgerlichen Außenpolitik, der durch das von vornherein ausichts- und sinnlose Angebot an den amerikanischen Präsidenten klar in Erscheinung trat. Die SPD. war in der Regierung Fehrenbacher-Simon eine inoffizielle Regierungspartei und ist daher mitverantwortlich an der heutigen Lage des deutschen Volkes. Jetzt kommt es darauf an, daß durch die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren der Entente jeder Vorwand für Zwangsmaßnahmen genommen wird. Während aber die Regierung nach in Landesvertragsverhandlungen durch neue Sonderverhandlungen mit gewissen französischen Kreisen die Einwohnerwehren selbst auf die Gefahr der Zerschlagung Deutschlands hin zu retten versucht, läßt sie es zu, daß die Zeitfreiwiligen in Zwangsleistung nach Oberdeutschland reisen und daß Freiwiligertruppen für den Kampf gegen die polnischen Aufständischen geworden werden.

Die heutige bayerische Regierung erweist sich so als das gefährlichste Hindernis für eine im Interesse des deutschen Volkes stehende grundsätzliche Wendung der deutschen Außenpolitik. Ihre Beseitigung ist daher das zwingendste Gebot der gegenwärtigen politischen Lage. Am liebsten schießt sich der Parteien der Auebaueung des Zentralkomitees der USPD, vom 13. Mai 1921 voll und ganz an, in der die ewig wäلتliche Stellung der deutschen Arbeiterschaft zur Weltlage festzulegen wird.

In den weiteren Beratungen wurde ein neues Organisationsstatut genehmigt und eine Reihe von Anträgen angenommen, darunter auch eine Verpflichtung für die Ortsgruppen, die Sozialistische Proletariatsjugend zu fördern. Ortsgruppen zu gründen und Abonnement für die Jugendzeitschrift zu werben. Weiter wurde beschlossen, in kurzer Zeit eine bayerische Frauenkonferenz einzuberufen.

Der Verlauf des Parteitaes, der von 80 Delegierten aus allen Teilen Bayerns und der Pfalz bestritten war, war von stetem Kampfesgeist erfüllt und hat gezeigt, daß die USP. auch in Bayern wieder auf dem Vormarsch ist.

Die Reichsjugendkonferenz.

Am 1. Pfingstfesttag, abends 1/2 10 Uhr, eröffnete Genosse Schräder die Reichsjugendkonferenz der Sozialistischen Proletariatsjugend. Er begrüßte die Delegierten, sowie die zahlreich erschienenen Gäste. Als Vertreter der erwachsenen Arbeiterschaft am Dreieck begrüßte Genosse Schäfers die Konferenz, während Genosse Schneider im Namen des Zentralkomitees der USPD Begrüßungsworte an die Delegierten richtete. Er wünscht die Erziehung der Jugendlichen zum Klassenkampf. Genossin Mathilde Wurm, die als alte Freundin der Jugend und als Vertreterin der Frauen Gruppe entbietet, gibt ihrer Freude besonders darüber Ausdruck, daß recht viele Mädchen erschienen sind. Als Vertreter der deutschen Jugend in der Tschechoslowakei überbringt Genosse Müller die herzlichsten Grüße seines Verbandes. Der tschechoslowakische Jugendverband, der vor der Spaltung 34 000 Mitglieder zählte, unterwarf sich in Karlsbad dem kommunistischen Dogma. Eine wirkliche Jugendbewegung schien damit zu Ende, doch der sozialistische Jugendverband entstand und zählt heute bereits wieder 12 000 Anhänger. Den Reiz erlitten nicht die Kommunisten, sondern sie wurden zum größten Teile indifferent. Jetzt treten immer mehr kommunistische Gruppen zu uns über. Wir wollen die Jugend nicht zur Waise erziehen. Es ist unsere heiligste Aufgabe, die Jugend zu glühender Begeisterung für den Sozialismus zu erziehen. Der Redner wünscht, daß die internationalen Beziehungen der Jugend besser würden. Der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Österreichs hat ein Begrüßungs-

schreiben gesandt. Er bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die deutsche Organisation sich der internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen anschließen möge. Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt: 1. Wahl der Mandatsprüfungskommission. 2. Die politische Lage. Referent Genosse Engelbert Graf-Gero. 3. Jugend und Partei. Referent Genosse Schröder-Klingsig über Jugend und Partei. 4. Internationalität. a) Entwicklung der Jugendinternationalität (Genosse Meindl), b) Bericht von der internationalen Jugendkonferenz in Wien (Genosse Hübler). 5. Jugendtag und gemeinschaftliche Jugendaktionen, Referent Genosse Sander. 6. Geschäftsbericht der Zentrale. 7. Anträge. 8. Wahlen.

Nach Erledigung des ersten Tagesordnungspunktes sprach Genosse Graf über die weltpolitische Lage. Er führte aus: An allen Ecken der Welt stehen Vulkanfässer, die jeden Augenblick in die Luft fliegen können. Die Jugend wird in nächster Zeit in die bevorstehenden Kämpfe verwickelt werden. Darum muß Aufmerksamkeit geschaffen werden. Es solle nun vornehmlich mit der Waise aufgeräumt werden: Der Kapitalismus im Untergrunde! Er sei im Gegenteil stärker geworden. Er zeige allerdings ein anderes Gesicht als 1914. Wir haben es heute tatsächlich mit einer Internationalität des Kapitals zu tun. Das Kapital hat seine stärkste Stellung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Krieg schuf diese Entwicklung, die erst in den Anfängen begriffen ist. Wir haben es heute innerhalb des Kapitals mit einer Expropriation zu tun, die allerdings anders Art ist, als wir es wünschen. Der Zeitpunkt der Sozialisierung ist versäumt. Das ausländische Kapital hat sich zu sehr festgesetzt. Ein großer Teil der Länder, die früher Europa Rohstoffe lieferten, verarbeiten diese jetzt selbst, zum Beispiel Indien, Amerika und Australien. Daraus gehen Bemerkungen hervor. Die meisten Länder, England etwas ausgenommen, befinden sich in einer Krise, die Not und Elend zur Folge hat. Vor dem Kriege konnten die großen europäischen Staaten gegeneinander keinen Druck ausüben, da sie gleich stark waren. Kleine Staaten erlitten sich, weil sie von beiden Seiten gleich starken Druck erlitten. Die Politik der europäischen Staaten war vor dem Kriege nach außerhalb Europa gerichtet. Heute ist das Bild noch nicht deutlich geprägt. Die politischen Verhältnisse sind den wirtschaftlichen gegenüber immer im Rückstand. Wir haben es heute mit verschiedenen konkurrierenden Mächten zu tun. Als Sieger aus dem Weltkriege gingen nur Japan, England und Amerika hervor. Keiner der Siegerstaaten steht im europäischen Festland. In Japan gibt es bis heute keine Arbeiterbewegung. Sie beginnt erst. Trotzdem es arm und dicht bevölkert ist, hat es politisch durch den Krieg gewonnen. Im fernem Orient werden in Kürze Konflikte entstehen. Amerika hat England in vielen überflügelt. Zwischen diesen Siegerstaaten wird der Konkurrenzkampf in Europa ausgefochten werden. England befindet sich in einer Abwärtskurve. Es sucht sich Absatzgebiete zu erwerben. Zu diesem Zwecke wendet es sich, wie Amerika, nach Europa. Ueber den Atlantik hinweg schießt sich der Einfluss Amerikas. Die französischen Zeitungen sind im Besitz von amerikanischen Kapitalisten, ebenso die Automobilfirmen und andere. Wer den Besitz eines Landes befehligt, befehlt auch den politischen Einfluß. Der Weg des amerikanischen Kapitals geht über Bayern, Tschechoslowakei nach Polen und Rußland und nach Jugoslawien. Die englische Einflußsphäre geht durch Deutschland nach Südosten und nach der Nordsee. Die wichtigste Gefährdung ist Deutschland. Der Kampf wird um die Verteilung des Petroleums auf der Erde entbrennen. Der amerikanische Rockefeller-Petroleumtrust Standard Oil Co. und der englische Royal-Dutch Shell ringen um die Petroleumausbeute.

Was gehen diese Konflikte die Jugend an? Die Stellung des Proletariats ist in den letzten drei Jahren schwächer geworden. Das ist eine Folge der Zersplitterung; eine allgemeine Verzerrung greift Platz. 1918 ist alles versäumt worden, der Märzputsch hat ungeheurer geschadet. Ferner hat eine Müdigkeit im Proletariat Platz ergriffen. Wir werden froh sein, wenn wir uns in der Verteidigung halten können. Heute hat jede Sozialisierung außerpolitische Verwicklungen im Gefolge. Sie ist jetzt unmöglich, da sie nur international durchführbar ist. Dieser Aufschwung des Referenten über die Möglichkeit der Sozialisierung und über unbedingt eintretende außerpolitische Verwicklungen als Folge aller Sozialisierungsmaßnahmen können wir nicht zustimmen. Red. d. V. U. Aber wir haben noch keine Internationalität, sie wird erst kommen im gemeinsamen Kampf. Die Waise des Proletariats ist der Streik. Es gilt der Aufruf entgegenzutreten, als sei die Jugend Sturmtrupp im militärischen Sinne. Das Jungsein allein genügt nicht. Es gilt, die Jugend für den Zukunftskampf zu erziehen, vorzubereiten. Das ist die richtige Aufgabe der Jugend. Wir können uns alle darauf vorbereiten, daß wir Geschichte mitmachen, mitspielen. Das muß die Jugend tun. (Lebhafter Beifall.)

Es ist eine längere Resolution gegen die Stellung Jugendlicher vor Ausnahmegerichte, deren Aufhebung überhanpt, und Amnestie bereits verurteilter Jugendlicher eingezwängt worden, die einstimmig angenommen wird. Begrüßungsschreiben sind vom Genossen Elmer und Festungsgefangenen, u. a. Ernst Toller, eingegangen. Hierauf wird die Konferenz verlagert.

(Fortsetzung folgt.)

13. Bundesstag des Arbeiter-Turn- u. Sportbundes.

IL. k. Nach etlichen Begrüßungsansprachen begannen die sachlichen Verhandlungen. Ein Antrag Berlin-Brandenburg, der die Tagesordnung ein Korreferat des Kommunisten Paul Wener über die Stellung der Arbeiter-Sportorganisation in der proletarischen Revolution hinzuzufügen wollte, wurde nach kurzer Debatte gegen 20 Stimmen abgelehnt. Dem Geschäftsbericht Gellers war ferner zu entnehmen, daß 188 000 Mitglieder des A. T. u. Sp. B. im Kriege gewesen sind, von denen 35 000 ihr Leben lassen mußten. Die Trennung gegen die bürgerlichen Bezüge wird scharf durchgeführt. Die Wahl politischer Zeitungen an Stelle der Fachblätter zu Publikationsorganen für lokale Sportvereinigungen wird verurteilt. Die Bundesschrift für die Jugend und die Frauen sollen wieder erscheinen und eine neue Zeitschrift "Moderne Körperkultur" herausgegeben werden. Durch den Zusammenschluß mit den Wasserportlern wird der Bund die Mitgliederzahl von einer halben Million überschreiten.

Das Verlangen der Münchner Polizei, daß alle nicht bayrischen Kongreßteilnehmer sich bei ihr persönlich melden sollen wurde ohne Rücksicht auf die Folgen, als der Reichsverband widersprechend, einstimmig abgelehnt. Wiederholte Versuche der Minderheit, dem nur als Gast anwesenden Führer der kommunistischen Opposition, Wener, das Wort zu verhandeln, scheiterten. Der Konflikt des Kongresses mit der Münchner Polizei führte zu Verhandlungen, bei denen sich die Polizei mit einer schriftlichen Kollektivempfehlung halb und halb einverstanden erklärt hat. Am 2. Verhandlungstag wurde die Verammlung von dem 1. Bürgermeister Münchens, Schmidt, sowie von zwei Münchner Stadträten begrüßt und die Sympathie der Gemeinde mit ihren Bestrebungen ausgesprochen. Nach Beendigung der Aussprache über die inneren Verbandsgeschäfte, in der es zu einigen Auseinandersetzungen mit der kleinen kommunistischen Minderheit gekommen war, referierte Geller über die Stellung zu den bürgerlichen Sportverbänden und zu den staatlichen Einrichtungen. Er beschäftigte sich in der Hauptsache mit der grundsätzlichen Haltung des Bundes, der nach wie vor jedwede Gemein-

samkeit mit bürgerlichen Turn- und Sportverbänden ablehnt und seinen sozialistischen Charakter betont. Im übrigen aber jedes Hineintragen der Streitigkeiten zwischen den Arbeiterpartei und Unbedingtheit ablehnt. Die geplante Welteroberung der "Freien Turner" und die beachtlichste Gründung eines Jugendorgans hängen davon ab, daß beide mindestens 25 000 Abnehmer gewinnen, da sonst die Kosten modern illustrierter Zeitschriften nicht gedeckt sein würden. Die an beide Referate anschließende Debatte brachte stellenweise recht lebhaft Auseinandersetzungen mit den Kommunisten.

In ausführlicher und gründlicher Weise referierte Bundesturnwart Benedix über "Technische Aufgaben, Bundeskurse und Bundesstütze". Die Arbeiterturner nehmen jetzt auch an den Staatskursen teil, wenn auch die Teilnahme von Arbeitern dadurch erschwert ist, daß sie natürlich nicht ohne Zulassung eine bis drei Wochen lang der Arbeit fernbleiben können. Merkwürdig ist es, daß an den verschiedenen deutschen Landesturnanstalten ganz verschiedene Lehrsysteme in Gebrauch sind. Durch Ausbau der in Leipzig bestehenden eigenen Bundesstütze, der auch bereits Lehrgänge angegliedert sind, hofft der Bund mit der Zeit das ganze Ausbildungswesen selbst in die Hand nehmen zu können. Schon jetzt haben seine eigenen Kurse und Lehrgänge eine Teilnehmerzahl von 300 000 aufzuweisen. Eine systematische Pflege des Turnens ist durch einen besonderen Kursus eingeleitet worden und auch dem Jugendturnen wird die größte Aufmerksamkeit zugewendet. In der Debatte spielte u. a. die durch verschiedene Anträge behandelte Frage der Verteilung von Diplomen, Kränzen und sonstigen Auszeichnungen bei Wettkämpfen innerhalb des Bundes eine große Rolle. Die Abstimmung ergab jedoch die Ablehnung sämtlicher Anträge, d. h. es bleibt bei dem heutigen Zustand, wonach es jedem Bezirk und Kreis überlassen ist, ob er Diplome verteilen will oder nicht.

Ueber die Organisation des Fußballspiels im Bunde berichtete Bundesvorsitzendemitglied Rappich in einem interessanten Vortrag. Unter den 475 000 Bundesmitgliedern sind nicht weniger als 30 000 Fußballspieler, denen eine weitgehende finanzielle und administrative Selbständigkeit im Bunde gewährt werden dürfte. Am Schlußtag wurden zunächst die Anträge über das Fußballwesen erledigt. Der einheitliche Bundesbeitrag wurde auf 1 Mk. im Jahr festgesetzt. Ein gedankensreiches und eindrucksvolles Referat über die Jugendbewegung und die besonderen Aufgaben der Arbeiterturn- und Sportbewegung in ihr erstattete Genosse H. J. J. Das Bundesfest wird vom 22. bis 25. Juni in Leipzig abgehalten. Eine eigene Festzeitung erscheint ab 1. September und aus ihr soll sich die Zeitschrift "Moderne Körperkultur" entwickeln. Ueber die Sport-Internationalität der Arbeiter berichtete die Bildung. Bekanntlich war es bei diesem Thema auf dem Sportkongreß in Jena zu stürmischen Szenen gekommen, da die Kommunisten die in Jena gegründete Internationalität als eine gelbe hingestellt haben. Die in Jena beschlossene Verlegung der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege nach Berlin unter Aufsicht eines belodeten Sekretärs bleibt bis zur Verschmelzung der deutschen Sportverbände in Schwärze. Die Internationalität hat ihren Sitz in Brüssel, Sekretär ist Stribow. Das Verlangen der Kommunisten, ein Gegenreferat erstatten zu können, wurde abgelehnt und von einer Diskussion abgesehen.

Zu belodeten Mitgliedern des Bundesvorstandes wurden teilweise wiedergewählt: Geller (1. Vorsitzender), Schubert (Verlagsleiter), Ranke (Kassierer), Widmung (Redakteur), Kreuzberg (Sportwart), Benedix (Bundesturnwart), Rappich (Sportwart), Wöhler-Eberfeld (2. Technischer Leiter). Der nächste Bundestag findet 1923 in Kassel statt.

Den Rest der Tagung füllte die Beratung zahlreicher Anträge zu den Statuten aus. Unmittelbar vor Schluß der Tagung gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, worin sie behaupten, daß durch die Art der Geschäftsführung ihnen die Vertretung ihrer Ansichten unmöglich gemacht worden sei; durch diese nicht objektive Leitung sei die Einheit des Bundes nicht gefördert worden. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung sei eine historische bedingte Begleiterscheinung im Kampf der Klassen und ihre Auswirkung könne in der Arbeiterportbewegung nicht durch Mehrheitsbeschluß unterbunden werden. Da die Kommunisten an den Debatten reichlich Anteil genommen hatten, entsetzte dieser Angriff auf die Geschäftsleitung heftige Entrüstung. Fischer-München wies den Angriff scharf zurück.

Ein dreifaches Frei Heil und der Segen von Die Freiheit hoch in Ehren beschloß die Tagung.

Reichsgericht.

Ein Spionageprozeß beschäftigte den 2. Sitztag des Reichsgerichts. Des Berrais militärischer Geheimnisse angeklagt war der Betriebsleiter Otto Hehl aus H a l b a u (Bezirk Glogau), der am 27. Mai 1880 geboren ist. Der Eröffnungsbeschuß warf dem Angeklagten Verrat militärischer Geheimnisse vor, den er im Inlande, und zwar in H a l b a u und B e r l i n, dadurch begangen haben soll, daß er geheim zu haltende militärische Nachrichten sammelte, um sie zu einer die Sicherheit des deutschen Reiches gefährdenden Mitteilung an eine auswärtige Regierung zu benutzen. Es wurde dabei angenommen, daß er solche Nachrichten tatsächlich weitergegeben hat. Am 8. Juni v. J. wurde er in Halbau auf Grund des gegen ihn entstandenen Verdachts verhaftet. Nach seiner Verhaftung fand der Gendarm in den Kommoden des Angeklagten zwei Briefe, die dieser an einen angeblichen Konsul D. bei der französischen Botschaft in Berlin und an den Kommandanten der Besatzungsarmee in Mainz geschrieben hatte und ausweisend das Konzept der bereits vor längerer Zeit abgegangenen Briefe darstellten. In dem Briefe an den Konsul hieß es, daß der Angeklagte darauf, daß er vor längerer Zeit persönlich bei ihm gewesen und von ihm zum Geheimagenten der französischen Regierung ernannt worden sei. Zu einer Reise nach Mainz erbat er sich 400 Mk. Der Brief an den französischen General in Mainz enthielt Mitteilungen über angebliche Zurückhaltung von abzuliefernden Waffen und über die angebliche Stärke der deutschen Truppen. Das Reichsgericht verurteilte den Angeklagten wegen verdachter Ausprägung militärischer Geheimnisse unter Zurechnung der erst teilweise verbüßten in Glogau am 18. Februar 1921 ihm auferlegten einjährigen Gefängnisstrafe zu drei Jahren vier Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust. Auf die Strafe wurden vier Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Der gefällte Mordbefehl gegen Diebstahl und Rosa Luzemburg spielte in einer Verhandlung vor dem Reichsgericht gegen den Kunstmalers Erich Brinz eine Rolle. Dieser ist am 5. Dezember v. J. vom Landgericht I Berlin wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit fester Nachrede zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte war Leiter des Berliner Sicherheitsdienstes. Da ein Prozeß gegen Marx eröffnet werden sollte, gedachte er sich durch Herbeischaffung von Material eine Summe Geld zu verdienen. Er diktierte daher seiner Braut ein Schriftstück, worin es hieß, daß für die Unschädlichmachung von Diebstahl und Rosa Luzemburg eine Belohnung von 100 000 Mk. ausgesetzt und daß den Tätern völlige Straffreiheit zugesichert werde. Das Schriftstück unterzeichnete er mit dem Namen Scheidemann und Marx. Diesen "Befehl" ließ er dann an den Rechtsanwalt R. gelangen. Es stellte sich aber bald heraus, daß es sich um eine Fälschung handelte. In seiner Revision machte der Angeklagte geltend, daß er den Mordbefehl nie als den Originalbefehl habe ausgeben wollen, und daß daher eine Urkundenfälschung nicht in Betracht kommen könne. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet.

Amtliche Bekanntmachungen.

Genen Abgabe der Marken C 8 der Sonderlebensmittelliste für über 65 Jahre alte Versorgungsbedürftige, Reihe C, bei den Milchhändlern, wird von diesen vom 18. Mai 1921 an bis auf Widerruf täglich 1/4 Liter Vollmilch geliefert.

Die Milchhändler haben diese Milchbestehrer ebenfalls in die Kundenliste mit aufzunehmen und bei der Abrechnung die Marken C 8 der Besondereinstelle einzureichen.

Gesundheitsamt Leipzig, am 17. Mai 1921.

Allgem. Ortskrankenkasse Grimma-Land.

Sonntag, den 20. Mai 1921, nachmittags 4 Uhr, soll im Goldenen Löwen zu Grimma eine

Ausschuss-Sitzung

stattfinden, zu der die Herren Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes ergeblich eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung 1920. — 2. Mitteilung über den Beitritt zu dem Krankenkassenverband für den Kreis des Oberverwaltungsamtes Leipzig, Sitz Leipzig, über die Erwerbung des Kreiskrankenhauses Leipzig und des Erholungsheimes in Paudritzsch.

Grimma, am 17. Mai 1921.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Einige 1000 Zentner
la Speisekartoffeln
verkauft ab Donnerstag früh zentnerweise
Hauptmann & Co., Angerbrücke 36.

Tanzstunde Seifert

Neuer Kursus für Anfänger am 20. u. 24. Mai. Anmeldungen erbeten. Montags, Mittwochs, Freitags, abends von 7-8 Uhr, Pfaffenstraße 4, III. sowie jeders. in unv. Wohnung, L. Stöcker, Eichstraße 7, Einzelunterr. Mod. Tänze.

Zwölfe Sächs. Landeswohlfahrts-Geldlotterie

Hauptvertrieb: Invalidendank für Sachsen Leipzig, Ankerstraße 4. Ziehung 20.—28. Mai 1921. 500-tägigewinn l. östl. Falle

125 000
Prämie: **75 000**
Hauptgewinne:
50 000
30 000
20 000
15 000
10 000 usw.
Loose a. M. 4.— (Postgeld u. Uste M. 1.30) bei den Staatslotter. • Einnahme und den durch Klafate kennzeichneten Geldschaften. •

Markkranstädt. Mieter-Berein

Freitag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, in der Guten Quelle Mitgliederversammlung
Der Vorstand.

Trauringe massiv Gold

Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. I*

Haut-, Geschlechts- u. Hautleib-, vorz. nerv. Schwäche

behand. Dr. med. Dorl, nicht approbiert, Mittl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. I*

Gas u. Elektr.

Beleuchtungskörper Kronen, Lampen usw. sollen im Ausstellungsalon billig abgeben werden.
Reichsstr. 15.

Aquarien

Terrarien, Tiere, Pflanzen, Heiz- und Durchlüftungs-App., Fontänen etc.
A. Glascher, Leipzig, Tauchaer Str. 28. Listen frei. Katalog-Broschüre 500 Abb. 2.— frko. Engros. Export.

Fensterglas und Spiegelglas a. Art

zu billigsten Tagespreisen Einzel- u. Großverkauf*

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Vittoria), I. Etosf. Zimmer 3-6. Tel. 12720.

Bureaustunden: Sonn- u. 1. nachm. 5-7 Uhr. Sonnab. nachm. 9-11 Uhr.

Zahlstelle Leipzig.

Betriebsräte, Betriebsvertrauensleute, Betriebsob-
leute, Hilfsstärker und sonstige Funktionäre
Freitag, den 20. Mai 1921
abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer D: Wichtige Zusammenkunft. Tages-
ordnung ist leicht möglich. Unter anderem werden die Hilfsstärker interessierende
Bragen behandelt.

Achtung! Maler Achtung!

Donnerstag, den 19. Mai, abends 5 Uhr, im Volkshaus:
Große öffentliche Versammlung

Tagesordnung:
Die Antwort der Innung auf unsere Lohnforderungen. Welche Maßnahmen haben wir zu treffen?
Kollegen Leipzigs, erscheint in Massen. Die Lohnkommission.

Achtung! Enorm billige Angebote! Achtung!

Abgabe nur an Großisten und Wiederverkäufer
Konkurrenzlos **Reine 62prozentige Kernseifen** Konkurrenzlos
in gelben Riegeln 1/2 Pfd. nur 1.80, in 1 Pfd. 3.00 Mk.
Konkurrenzlos **Reine 64prozentige Kernseifen** Konkurrenzlos
in weißen Riegeln 1/2 Pfd. 2.10, in 1 Pfd. 4.20 Mk.
in glatten Riegeln à 2 Pfd., auch greifbar.

Schmierseifen

10prozentig kg 2.80, 40prozentig gefertigt kg 4.00 Mk.
In Qualität unübertroffen **Prima Salmiat-Terpentin-Seifenpulver** In Qualität unübertroffen
mit hohem Fettgehalt

Der Erfolg ist
blütenweiße Wäsche, wie die schönste Rosenbleiche, die verfarbte Wäsche, das
spielend leicht arbeiten und die tadellose Erhaltung der so teuren Wäsche er-
werben meine Seifenpulver täglich neue begeisterte Freude.
Fadungen nur in Riffen, Schmierseifen in Fässern.

Seifenkönig

Gabelsbergerstraße 10, III.
im Seitengebäude, bei Quas
Geschäftszeit 8-6 Uhr

Jüdische Arbeiter-Lesehalle, Leipzig.

Sonabend, den 21. Mai, abends pünktlich 8 Uhr
im Restaurant Metropol, Gottschiedstraße 13
Liquidations-Versammlung.
Alle ehemaligen Leser werden gebeten, zu erscheinen.
Geliebte Bücher mitbringen. Der Liquidator.
Der Verkauf billigen Fleisch- und Wurstwaren
find. diese Woche
Donnerstag, Freitag u. Sonnabend
Marktstraße, Galerie, nur linke Hälfte von Stand 65.

Ohne Geld nur durch monatlich Miete gelangen Sie in d. Besitz v.

Beleuchtungs-Körper
Gaskocher, Herde usw.
Leipziger Beleuchtungs-Zentrale
Nikolaistraße 25. I*

Statt Karten. Für die uns anlässlich un-

erer Hochzeit erwiesene Ehre sagen wir allen Bekannten sowie Kollegen unsern besten Dank.
Alex Göhler und Frau Frieda geb. Dunzelt

Patentanwaltsbüro Sack,

Leipzig, Brühl 2.

Farben Lacke Malerutensilien
empfehlen zu niedrigen Preisen
in großer Auswahl
Theodor Reiche & Co., Leipzig
Pachhofstraße 11/13 (Gewerkschaftshaus).

ff. Leder-Ausschnitt
empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Gunmi-Klose Spezial-Haus für modernen sanitären Bedarf
Leipzig
Hainstraße 17/19

Familien-Nachrichten
Unserem treuen und bewährten Parteigenossen
ROBERT SCHUNKE u. FRAU
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit
Leipzig, den 17. Mai 1921
Die Bibliothekare des Ortsvereins L.-Ost

Unserem Genossen
Robert Schunke u. Frau
zum 25-jährigen Ehejubiläum
unsere besten Wünsche
Die Genossen von Leipzig-Anger

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am 17. Mai verchied nach langem schwerem mit
großer Geduld ertragenem Leiden meine innig-
geliebte Frau, die stets treusorgende Mutter ihrer
lieben Kinder, unsere gute Tochter, Schwester,
Schwägerin, Tante und Nichte, Frau
Ida Voigt geb. Bauermeister
im 40. Lebensjahre.
In tiefem Schmerz
L. Lindenau, Kulturstr. 24, III.
Robert Voigt nobst Kindern
und allen Angehörigen.
Beerdigung findet Freitag, vormittags 11 Uhr
auf dem Lindenauer Friedhof statt. Beileidsbe-
weiden dankend abgelehnt.
Die Einäscherung **Willy Otto Altman**
unseres lieben
erfolgt Donnerstag nachm. 4 Uhr auf dem Südfriedhof.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Oberreisender
mit und ohne Kolonne für erstklassige Verkehrszeit-
schrift bei hoher Provision gesucht. Strenge Diskretion.
Geil. Angeb. u. Nr. 40252 an Grunow & Co., Inselstr. 20.

Maurerpolier
mit einer Kolonne von 10-15 Maurern auf Siede-
lung Wintersdorf b. Meuselwitz gesucht.
Anfragen an Otto Henrichler, Baugeschäft, Zeitz, erb.

Maurer.
Auf Stehdung Wintersdorf bei Meuselwitz
werden tüchtige Maurer eingestellt.
Zu melden auf der Baustelle.

Arbeiter und Arbeiterinnen
redogewandt, zuverlässig und ehrlich
werden z. Abonnentenklammern f. sehr gute Versicherungs-
und Modestiftungen für Leipzig u. f. d. Neue Republik u.
Fros. Sagen bei sofort. Eintritt gesucht. Beltes Tagesgeld
sowie hohe Provision u. freie Reise wird bewilligt. Wirt-
lich fleißigen Leuten bietet sich eine ausläuterische Zukunft
Geil. Angeb. u. Nr. 40251 an Grunow & Co., Inselstr. 20.

Tücht. Repassiererinnen
verheiratete Frauen, die früher in Strumpfabriken die
gleiche Tätigkeit hatten,
für Seimarbeit gesucht.
Zu melden mit Zeugnissen und Wohnungsschein bei
F. B. Eulitz, Grimmaische Str. 30

Tüchtiger
Fahrtstuhlführer
der sofort gesucht.
Vorzustellen mit Zeug-
nissen zwischen 9-10 Uhr
Hotel Fürstehof
Löhrrstraße 1.

Jüngerer
der sofort erste
Kartonnagenarbeiterinnen.
J. Orsamünde,
Leipzig, Sophienstraße 27.

Mäherinnen
für Hofen und Zoppen
auf Werkstätten und
außer Haus suchen
Jacobi & Jacobowitz
Reiser Straße 57.
Junges Mädchen, 14-16 J. alt
lof. aufs Land gel. Zu meld.
L. Gutsmuthsstr. 47, III. r.
Kindth. suverl. Oftermädchen
a. beaut. u. ausfahrent. nachm.
gelucht. Stöb. Brielestr. 33, II.
Anfrage sind nicht an die
Redaktion, sond. an die Expedition, adreßieren

Verkäufe

la Speisekartoffeln-Ausgabe!
Mittwoch, den 18. Mai, und
Donnerstag, den 19. Mai, auf
Ladelle L. Stüms (Mühle)
von früh 10 Uhr bis nachm.
4 Uhr, Zentr. 45 Mk., bei Ab-
nahme von 10 Zentn. 44 Mk.*

KAUTABAK

amerik. Blatte nur M. 3.50
in den Zigarren-Geschäften:
Wurzner Str. 37, Gerberstr. 40
Löhner Str. 49, Elberstr. 3.*

GLOBUS Putz-Brauk

Der Slanz hält am längsten
Fritz Schulz jun. A.-G., Leipzig*

Spottbillig

Getragene und neue

Anzüge Hosen

nur prima Qualitäten und
feinste Schneider-Arbeit
auch Herren-, Damen- und
Kinderkleider kaufen Sie wie
altbekannt beim billigen
Kanner
Eisenbahnstr. 5
Laden.

Mod. Jackets, Cutawan-
u. Gehr.-Anzüge, Gumm-
mäntel, Schläpfer, Hofen
verk. billig Lange Str. 10, I.*
2 Anzüge, modern, Cutawan-
anzug Kolonnenstr. 19, I. I.*
Mehr. mod. Anz., vrlch. Hofen
v. Li. Demmeringstr. 72, II. I.*
Weiß. Stid.-Kleid, Gr 42, vt.
Goblis, Schwabstr. 4, III. r.

Anzüge, Hofen
Gummimäntel
Serren-Schuhe
Damen-Rinder-
Seidenmäntel
Kostüme, Röde
Blusen, Wäsche
billig
nur bei **Brecher**
Gerberstraße 43.

Hemden f. Damen 18-

Hemdenbarthen... m 8.
Koper-Inlett... m 20.
Damast u. Stangenlein. 25.
Bettbezug u. Kissen 120.
Bettuch St. 30.
Hand u. Wischtuch St. 5.
Kohlaartenstr. 29, I. I.*

la Stangenleinen

80 cm br. 22. 130 cm br. 34.
prima Handtücher... 8.
nebl. Hausstuch f. Bettuch 30.
130 cm feder. Röp. 3nl. 40.
bt. Bettbezug m. 2 Riff. 130.
Hardenbergstraße 21, Oltag, kein Laden.

Möbel

modera - solid
preiswert!
Herm. Sontius
Leipzig-Gohlis
Auhere Hallische Str. 106
Straßenbahnlinie 10

Billiger Möbelverkauf!
Schlafsim., b. Eiche nem. 2500.
Küden, 7teilig, 850 Markt. I.*
Schranke von 290 Markt on
komplette Betten 470 Markt
Lind. Merleburger Str. 62.
Küche, Chaiselongue, Buffet
v. Li. Gutsmuthsstr. 10, I. I.*
Zena! Bettst. m. AH. M. f. neu.
Kabin. v. Vo. Gwaldrstr. 17, vt.

Hausweberwaren

billig und billig
billig und billig
Kleider-Stoffe
Gabardine
Homespuns
Günst. Sonderangebot!

Cheviot ... 26.-

Popeline ... 42.-
Solenne ... 85.-
Volle ... 30.-
Schweizerh. 13.50
Keller: Kammerne
für Anzüge, Kostüme
Bei Vorl. d. Annonce
3% Rabatt 3%

Espig

Nudolphstraße 4
Nähe Neues Rathaus.
Kein Laden I*

Sofa v. Pl. Gleistr. 24, vt. I.
Grammophon mit Klappenpl.
Lind. Gutsmuthsstr. 48, IV. I.
Nähmasch., gutnäh., vt. pr.
Meth. Frankfurter Str. 22.*
Nähm., gutnäh., wie neu, bill.
Gabelsbergerstr. 19. Laden.

Mehr. neu berger. Fahrrad.
m. Brill. u. neu. Bereif. bill.
neueäder von 1000.- an
lämll. Repar. w. achmann
ausgef. Nabennäherung, vt.
Bernia u. Email. Schnell.
Deden. vt. Markt. v. 50.- an
P. Becherer.
Lindenau, Markt 7. I*

S. Fahrrad, mit u. ob. Freif.
guterh., neue Bereifung, bill.
Gabelsbergerstraße 19, vt. I.
Klepp. ab. Prom.-Wagen zu
f. gel. Off. m. Pr. erb. Verkäufer
Co., Kuerbachstr. 2, U. Mitte.

Holunder- u. Taubnesselblüten
Kamillen, sowie alle Heil-
kräuter, -blüten und -wurzeln
kauft in bester Beschaffenheit zu besten Preisen
Apotheker Bergmann, Zeitz
Koblenstr. 18-20. Banr. Bahnhof

Felle-Einkauf.

Ich bin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher
Häute und Felle zu
Albin Wagner, Querstr. 27.

Fahrräder

neu, u. wie neu vorgerichtet.
Fahrad-Zubehör
größte Auswahl allerbillig
Bener Handläder 33
Steinweg

Alte Fahrräder, auch
zerbroch., alte Felle, Bent-
stangen, Sättel, für u.holt
Scheffler, Gerberstraße
Nummer 8. I. Tel. 5267. I.*
D.-Rad. Eisenbahnstr. 13, S. II. r.
Damenrads. Kauf. gel. Knauf,
Gabelsbergerstr. 19. Tel. 9393

Bermittelte Anzeigen

Rehme d. Beleidigung gegen
Frau M. Berger jurist.
Frau M. Hofe.
Rat und Beistand
Aliment., Ehe- u. Strafsachen
G. a. d. a. r. e.
Grat. Grimm. Steinweg 14.
Leipzig, Leih-Zinsfuß für
Fräul. Gehrod,
Smallog-Anzüge, Jollenberghöle
Belau, Albertstraße 29 a. I.
Ede. Zeiger Str., im Kaufsch.

Urmacher Urban

Spezialist für Reparaturen
Wächterstraße 20.
Suche mein Kind, 1/2 J. alt, in
liebvolle Pflege, ab. Off. u.
M. S. VII. Pl., Weinstr. 20

Kaufgeuche

Kaufe Herren-Garderobe
Militär-Sachen
Bett- u. Leibw., Leihausch.
Kleid, Kamische Halle 6, vt.
Straßenbahn u. Battenberg
Grammophon-Platten
alte und zerbrochene
kauft — Kilo 10.00 Mk.
Leipzig-Stötterin
Rudolph-Bertram-Str. 2, vt. I.
Straßenbahnlinie 19, G. S. I.*
Klepp. ab. Prom.-Wagen zu
f. gel. Off. m. Pr. erb. Verkäufer
Co., Kuerbachstr. 2, U. Mitte.

Wohnungen

Leere Stube an allein. Frau
oder Mädchen zu vermieten
Rauburger Straße 43, III. I.
Junger Mann sucht Schlaf-
stelle Nähe Südpark.
E. Kupfer, Körnerstr. 11, III. I.
Ja. Herr sucht leeres Zimmer
Nähe Kirchstr., Volkmarstr.
Off. u. S. 32 an die Exp. d. Bl.
Bergarbeiter, Gabelsberger-
str. 19, I. r. Kaufchen, Post-
Winfier, Svent, Bahnhofstr. 4